

## **Mit- oder Gegeneinander**

Zur antifaschistischen Blockpolitik der SED  
in Gera 1947 bis 1949

Karl-Heinz Petzke

Mit diesem Beitrag setzt die AG Geschichte beim Stadtvorstand Gera der PDS ihre Bemühungen fort, die antifaschistisch-demokratische Blockpolitik der Kreisparteiorganisation Gera der SED neu und real darzustellen.

Wie im Beitrag „Antifaschistischer Aufbruch und Neubeginn in Gera 1945 - 1946“, stützt sich der Autor wiederum auf Quellenstudium in regionalen Archiven, Presseorganen und Aussagen von Zeitzeugen sowie auf Aufzeichnungen von Hans Leucht im ehemaligen Bezirksparteiarchiv Gera der SED. Ein herzliches Dankeschön allen, die zur Erarbeitung des Materials beigetragen haben.

Arbeitsgemeinschaft Geschichte beim Stadtvorstand Gera der PDS  
1999

Durchgesehen und neu formatiert  
Hartmut Dressel 2019



## Einleitende Bemerkungen

Die Zusammenarbeit aller antifaschistisch-demokratischen Parteien nach der Befreiung vom Faschismus hatte sich, begleitet von scharfen Auseinandersetzungen, in den Jahren 1945/46 als eine mögliche Alternative zur politischen Vergangenheit im Kreis und in der Stadt Gera bewährt. Die ersten freien Wahlen 1946 hatten zu keiner wesentlichen Veränderung des Kräfteverhältnisses zwischen den Parteien im Kreis geführt. Die Kreisparteiorganisation hatte Grundlagen zur Weiterführung der Blockpolitik beschlossen. Die Gefahr des Auseinanderbrechens des Antifa-Blocks 1946 schien gebannt. Zugleich versuchte die SED-Kreisparteiorganisation - der Orientierung der Parteiführung folgend - ihren Führungsanspruch durchzusetzen. Diesen konfliktreichen Prozess in den Jahren 1947 bis 1949 im Wirkungsbereich der damaligen Kreisparteiorganisation darzustellen, ist Anliegen dieses Materials.

### **1. Gemeinsame Arbeit und Differenzen antifaschistisch-demokratischer Kräfte**

Der Haupt- und Kreisblock der antifaschistisch-demokratischen Parteien Geras hatte im Januar 1947 als Grundlinie seiner Tätigkeit beschlossen: „die Zusammenarbeit 1947 zu verbessern“ und die „durch die Wahlkämpfe eingetretene Entfremdung voll zu überwinden“.<sup>1)</sup>

Am 4. Februar 1947 sprach sich der Thüringer Landesblock für die Verstärkung der gemeinsamen Arbeit aus. Gemeinsam wollten sich die Parteien für Friedensverhandlungen einsetzen, das Verständnis für die Ziele des Antifa-Blocks wecken und ihre Arbeit auf den Aufbauplan 1947 ausrichten.<sup>2)</sup> Hauptanliegen blieb die Bekämpfung von Hunger und Not.

Der Block befasste sich u.a. mit dem Tag der Bereitschaft zur Sicherung der Ernährung, entsprechend einem Brief von Marschall Sokolowski;

mit der Vorbereitung von Maßnahmen zum Schutz vor Hochwassergefahr infolge des kalten Winters; und gemeinsam mit dem Stadt- und Landrat Gera sowie den Massenorganisationen mit der ersten Kohlelage.<sup>3)</sup>

„Oh Völker, könnten doch Mütter Euch lenken“, das war das Motto eines Aufrufs des Geraer Antifa-Blocks an alle Frauen und Mädchen des Kreises und der Stadt.

In Vorbereitung der Moskauer Konferenz der Außenminister der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Frankreichs wurden sie aufgefordert, sich vom 15. Februar bis 1. März 1947 in eine Liste einzutragen. Es ginge um das „Schicksal Deutschlands und damit um die kriegsgefangenen Männer und Söhne“. „Wir wollen zeigen, daß es uns ernst ist mit dem Kampf um Frieden und Völkerverständigung. Wir wollen durch die Schaffung einer großen überparteilichen, demokratischen Frauenorganisation den Beweis erbringen, daß wir aus der Vergangenheit gelernt haben.“ Die Listeneintragung bedeute keine Mitgliedschaft für den zu schaffenden demokratischen Frauenbund, sondern solle zunächst nur eine Kundgebung für den Frieden sein.<sup>4)</sup>

Am 15. Februar 1947 fand dazu in Gera eine Konferenz statt. Es wurde ein Komitee zur Schaffung eines Demokratischen Frauenbundes gebildet. Referentin war Therese Wiedenfeld (SED). Sie rief dazu auf, eine „Internationale der Mütter zum Kampf gegen den Krieg - für den Frieden“ zu schaffen. Engagiert unterstützt wurde sie von der Liberaldemokratin, Frau Dr. Schäfer, der parteilosen Frau Dr. Bloch und der Betriebsrätin Ella Heizer.<sup>5)</sup>

Der Haupt- und Kreisblock Gera organisierte für den 5. März 1947 eine Feierstunde zum Tag der Roten Armee. Redner waren: Herr von Anderten (CDU), Herr de Fries (LDPD) und Arthur Schöneburg (SED). Abschließende Dankesworte an die Kommandantur sprach Julius Rave (CDU).<sup>6)</sup> Einheitlich traten die Vertreter des Blocks in

der Stadtverordnetenversammlung zum Bau einer Einheitsschule in Gera und zum Wohnungsbau auf.<sup>7)</sup> Gemeinsam mit dem FDGB wandte sich der Antifa-Haupt- und Kreisblock an die Geraer Bürger, die 1.-Mai-Demonstration unter der Losung durchzuführen: „Mehr produzieren, besser verteilen“. An der Großkundgebung nahmen offizielle Vertreter aller Parteien teil. Helmut Lehmann hob hervor, dass der Hauptkampf gegen Nazismus, Militarismus und Imperialismus sowie gegen den Träger dieses Gedankengutes - das Großkapital - geführt werden muss.<sup>8)</sup> Ausdruck des gemeinsamen Handelns war auch die Teilnahme von Vertretern des Blocks an der Flurbegehung im Landkreis Gera.<sup>9)</sup>

Dieses Zusammengehen aller Parteien im Antifa-Block, unter Einbeziehung von Massenorganisationen und kommunalen Organen war schon wesentlich von der SED bestimmt. Beschlüsse, Rundschreiben und Briefwechsel geben beredten Ausdruck. So heißt es in dem Rundschreiben Nr. 5 des SED-Landesvorstandes Thüringen vom 14. Januar 1947 an alle Ortsgruppen zur Sicherung der Ernte:

„Das Sekretariat des Landesvorstandes hat die Inangriffnahme und Durchführung folgender Sofortmaßnahmen beschlossen:

#### 1. Kampagne zur Sicherung der Frühjahrssaat 1947

- a) Alle Ortsgruppen unserer Partei auf dem Lande laden sofort die anderen Parteien zu einer Blocksitzung ein. In dieser Blocksitzung müssen ebenfalls die Vertreter der VdgB, der ländlichen Genossenschaften und der Selbstverwaltungsorgane eingeladen werden.
- b) In dieser Blocksitzung muss Stellung genommen werden zur Vorbereitung der Frühjahrssaat und zur Sicherung der Ernte 1947 ...
- c) Die vom Block aufgestellten Arbeitspläne und Termine sind einer sofort einzuberufenden Bauernversammlung zu unterbreiten. In dieser Bauernversammlung müssen die vom Block vorgelegten Arbeits-

pläne und Termine gründlichst diskutiert und von der gesamten Bauernversammlung beschlossen werden.

...

### 3. 2. März, Tag der Bereitschaft

...

An diesem Tag muss die gesamte Bauernschaft voll einsatzbereit sein und muss alles zur Frühjahrsbestellung bereitstehen. Die Vorbereitung des Tages der Bauernschaft muss eine Angelegenheit aller Parteien, der VdgB und der Selbstverwaltungsorgane sein.

...

Genau wie für den Tag der Bereitschaft, so ergehen auch für den Tag der Flurbegehung von Seiten des Landesvorstandes noch nähere Anweisungen.“<sup>10)</sup>

In einem Brief an den Landrat des Kreises Gera, Weinreich, teilt der Antifa-Haupt- und Kreisblock mit, dass laut Beschluss des Blockes in allen Orten des Kreises öffentliche Gemeindefestungen durchzuführen sind. Thema: Abgabesoll 1947.<sup>11)</sup>

Vom 10. März bis 24. April 1947 tagte in Moskau der Rat der Außenminister der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Frankreichs. Die Konferenz war hinsichtlich der Bildung einer deutschen Zentralregierung und des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland keinen Schritt weitergekommen. Einig wurde man sich über folgende Empfehlungen an den Alliierten Kontrollrat:

- Verstärkte Fortsetzung der Entmilitarisierung und deren Abschluss bis 31. Dezember 1948
- Beschleunigte Entnazifizierung
- Durchführung einer demokratischen Bodenreform in ganz Deutschland nach 1947
- Freier Austausch von Nachrichten und demokratischen Druckerzeugnissen zwischen den Zonen.<sup>12)</sup>

Damit waren die gegensätzlichen Positionen der Besatzungsmächte in der Deutschlandpolitik offen zutage getreten. Das blieb nicht ohne Auswirkungen auf die Zusammenarbeit der Parteien und belastete im Zusammenhang mit dem kalten Krieg ihre Beziehungen.

Die Kreiskonferenz der SED Anfang Mai 1947 in der Gaststätte „Walhalla“, zu den Aufgaben nach der Moskauer Konferenz, orientierte deshalb erneut auf die Zusammenarbeit aller demokratischen Kräfte. <sup>13)</sup> Teilgenommen hatten Delegierte aus Altenburg und Greiz.

Otto Grotewohl sprach am 14. März 1947 vor 6000 Geraern zum Thema: „Was wird aus Deutschland?“

Einige Grundgedanken zur antifaschistischen Politik daraus:

- Der demokratische Neuaufbau dürfe nicht nach Vorstellungen der jeweiligen Besatzungsmacht erfolgen, ... „Die deutsche Demokratie wird weder amerikanisch, englisch, französisch oder russisch ... sie wird deutsch oder sie wird überhaupt nicht sein“.
- Die SED-Führer und -Mitglieder seien keine Russenknechte, die SED keine Staatspartei. Sie sei eine deutsche Partei und arbeite für die deutschen Menschen. „Wir leben unter einer Besatzungsmacht“ und seien verpflichtet, ein gutes, gar freundschaftliches Verhältnis zu ihr herzustellen, um das bestmögliche für das deutsche Volk daraus zu ziehen.
- Notwendig sei eine differenzierte Sicht zur Entwicklung in Westdeutschland. Es gebe dort Positives und Negatives.
- Das deutsche Bürgertum habe seine gesellschaftliche Periode abgeschlossen. Die Erneuerung Deutschlands sei „endgültig auf die ... Arbeiterklasse übergegangen“.
- Die von der SED erstrebte Demokratie sollte nicht die der Weimarer Republik sein, nur auf Stimmzettel ausgerichtet, sondern „... eine blutvolle Demokratie, die den arbeitenden Menschen das allererste Recht in diesem Staat sichert“.
- Ziel der SED sei: Befreiung des Menschen von jeder Ausbeutung und Unterdrückung, von imperialistischem Krieg. Die Lösung der

nationalen und sozialen Lebensfragen des Volkes könne nur der Sozialismus gewährleisten.<sup>14)</sup>

Am 28. Mai 1947 warnte das SED-Organ „Thüringer Volk“ in einem Artikel vor einem Beitritt Deutschlands in den Marshallplan und den Föderationsabsichten der Westalliierten. Gefordert wurde eine Volksabstimmung. Kennzeichnend für die Spannungen zur deutschen Frage war ein im Artikel wiedergegebenes Zitat aus der englischen „National Revue“: „Wir können das Bestehen eines vereinigten Deutschlands nur ... zulassen, wenn die Führer und politischen Kräfte der westlichen Zonen einen entscheidenden Einfluss auf die politischen Kräfte der Ostzone ausüben können, was aber recht zweifelhaft ist. Dann aber ist uns ein gespaltenes Deutschland lieber.“<sup>15)</sup> Gerüchte wurden verbreitet, dass die Ernährung nicht gesichert und amerikanische Truppen in Kürze in Thüringen einmarschieren würden.<sup>16)</sup> Der Vorschlag Dr. Kurt Schumachers, eine Vollversammlung in der Ostzone mit internationaler Kontrolle durchzuführen „um zu beweisen, wie gerne der Osten zum Westen wolle“, löste erregte Debatten aus, blieb aber bei der SMAD ohne Reaktion.<sup>17)</sup>

Die auf Einladung des bayerischen Ministerpräsidenten Ludwig Erhard (CSU) in München vom 6. bis 9. Juni 1947 tagende Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder aller Besatzungszonen, auf der Vorschläge an die alliierten Militärregierungen erarbeitet werden sollten, war mit der vorzeitigen Abreise der Vertreter der Ostzonenländer faktisch gescheitert. In einer Presseerklärung und Rundfunkansprache des Thüringer Ministerpräsidenten Dr. Paul wurde dieser Schritt damit begründet, dass die Ministerpräsidenten der Ostzonen keine Möglichkeiten gehabt hätten, eigene Vorschläge einzubringen. Der von ihnen eingebrachte Antrag, die Schaffung eines deutschen Einheitsstaates als ersten Punkt zu behandeln, war abgelehnt worden. Ludwig Erhard schrieb später, die Westalliierten hätten politische Gespräche verboten. Frankreich hatte die Teilnahme nur unter der



Bedingung erlaubt, dass ein politischer Neuaufbau nicht erörtert werde.<sup>18)</sup>

Die Konferenz behandelte im weiteren Verlauf Maßnahmen einer westzonalen Separatentwicklung. Nachdem bereits am 1. Januar 1947 ein Abkommen zwischen der amerikanischen und britischen Militärregierung über die Bildung der Bizone in Kraft getreten war, wurde am 25. Juni 1947 ein Zweizonenwirtschaftsrat gebildet. Die antifaschistisch-demokratischen Kräfte reagierten mit zahlreichen Aktivitäten. Der Antifablock Gera organisierte für den 18. Juni 1947 eine Kundgebung in der ostvorstädtischen Turnhalle. Dr. Paul sprach zur Lage nach der Münchener Konferenz.

Er forderte - unter Zustimmung der ca. 3.500 Teilnehmer - die Bildung einer deutschen Zentralverwaltung durch Vertreter aller deutschen Parteien. Bereits am 12. Juni hatten Vertreter von 42.000 organisierten Geraer Werkträgern in einer Betriebsräteversammlung ebenfalls entsprechend Stellung genommen.<sup>19)</sup>

Als am 30. Juni die Spannungen zwischen den Großmächten und wiederholte Morddrohungen an Antifaschisten in einem Mordanschlag auf den Thüringer Landespräsidenten August Frölich gipfelten (der 27jährige Täter, ein ehemaliges LDPD-Mitglied, gab als Motiv an, er wollte einen Träger des Systems beseitigen) , forderte der Block zu einem Massenprotest auf: „Tod der Reaktion! Tod dem Faschismus! Massen heraus!“ Unter diesem Motto stand die Massenkundgebung auf dem Marktplatz. Die Geraer Stadtverordnetenversammlung verabschiedete eine Resolution und billigte die Aktionen des Blocks.<sup>20)</sup>

Mitte Juli 1947 veröffentlichte der Parteivorstand ein Material zur Vorbereitung des II. Parteitages der SED und unterbreitete es zur Diskussion. In dem Abschnitt: „Antifaschistisch demokratische Blockpolitik oder Koalitionspolitik“ wurden die Positionen der SED so bestimmt:

1. Die antifaschistisch-demokratische Blockpolitik ist mit der Einheit der sozialistischen Arbeiterbewegung verbunden - Koalitionspolitik mit deren Spaltung.
2. Im Block ist die geeinte Arbeiterschaft das entscheidende Kraftzentrum.
3. Die fortschrittlichen Kräfte innerhalb der bürgerlichen Parteien werden gestärkt und der reaktionäre Flügel zurückgedrängt.
4. Die Blockpolitik ist der Koalitionspolitik entgegengesetzt. Sie beschränkt sich nicht auf Regierung, Verwaltung und parlamentarische Kombinationen. Sie ist auf Volksinitiativen, Mobilisierung der Werktätigen und Mitbestimmung der Volksmassen gerichtet. <sup>21)</sup>

Damit waren Führungsanspruch der SED und Tendenzen, die anderen Parteien auf ihre Politik auszurichten deutlicher als bisher ausgesprochen. Das blieb nicht ohne Wirkung auf die Blockpolitik in den Ländern, Kreisen, Städten und Gemeinden.

In der Landtagssitzung vom 25. Juli 1947 erhob der Abgeordnete Dr. Rudloff im Namen der CDU-Fraktion schwere Vorwürfe gegen das Volksbildungsministerium und antifaschistische Schulräte, wobei er auch auf Gera verwies: Das Volksbildungsministerium betreibe eine Personalpolitik, die weniger dessen Aufgaben als der materiellen Sicherheit der Mitglieder einer „bestimmten Partei“ diene.

Auf pädagogischem Gebiet würde in der SBZ, im Vergleich zu den Westzonen, nichts geleistet. Die daraufhin auf Beschluss des Landtages in Gera und anderen Orten durchgeführten Untersuchungen bestätigten die Vorwürfe nicht. Frau Dr. Torhorst (SED), Volksbildungsminister in Thüringen, erklärte in einer Sondersitzung, dass die Vertreter der CDU in Eisenach und Gera ihr Befremden über Angriffe Dr. Rudloffs geäußert hätten. Kreisverband und Ortsgruppe seien darüber nicht informiert worden.

Die Ministerin richtete an die Parteien und Organisationen die Bitte, Schulräte und Lehrer zu unterstützen. Vizepräsident Fritz Heilmann schlussfolgerte, dass es notwendig sei, die Zusammenarbeit der antifaschistisch-demokratischen Parteien und Organisationen zu festigen. Der Antrag der CDU-Fraktion, die Leitung der Personalabteilung des Volksbildungsministeriums mit einer Vertrauensperson aller Parteien zu besetzen, wurde an die Vorsitzenden der Landesfraktionen überwiesen.<sup>22)</sup>

Vertreter der Geraer Firma Weißflog und andere Betriebsdelegationen wandten sich im Landtag (8. bis 10. Oktober 1947) gegen Forderungen von LDPD- und CDU-Abgeordneten, nach Rückgabe enteigneter Betriebe und die Bildung von Unternehmerverbänden.<sup>23)</sup>

Liberaldemokraten wandten sich im Landesblock (29. Oktober 1947) gegen den Befehl 234 der SMAD. Er enthielt Maßnahmen zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität, zur Ordnung und Kontrolle in den Betrieben, zur gesundheitlichen Betreuung, zum Arbeitsschutz und zu Urlaubsregelungen. Sie erklärten, der Befehl gelte nur für die landeseigenen und SAG-Betriebe (Sowjetische Aktiengesellschaften). Dennoch stimmten sie der Bildung eines Landeskontrollausschusses zu. Die Kreisblocks wurden aufgefordert, ebenfalls solche Ausschüsse zu bilden.<sup>24)</sup> Das erfolgte in Gera mit einer Kreiskonferenz des Antifa-Haupt- und Kreisblocks am 13. November 1947.<sup>25)</sup> „Erscheinen aller Vertreter der Antifa-Ausschüsse ist Pflicht“, hieß es in der Einladung. Sie berief sich auf eine Geschäftsordnung für die Ortsblöcke. Dem Geraer Kontrollorgan gehörten die Vertreter der Parteien und der Gewerkschaften sowie je ein Mitglied der FDJ, der VdgB und des DFD an. Da die Untersuchungen häufig Privatunternehmen betraf, wo die Liberaldemokraten starken Einfluß hatten, war die Mitwirkung der Massenorganisationen für die SED von Bedeutung. Denn die Massenorganisationen folgten zumeist deren Kurs. In Weida, Neustadt/Orla, Ronneburg, Triptis, Langenberg, Münchenberns-

dorf, Bad Köstritz, Wünschendorf und Pölzig sollten ebenfalls Volkskontrollausschüsse gebildet werden.

In einer öffentlichen Versammlung des Antifa-Haupt- und Kreisblocks berichtete der Vorsitzende des Volkskontrollausschusses für den Stadt- und Landkreis Gera, Paul Richter, über Ergebnisse bisheriger Tätigkeit.

Dazu gehörte die Beschlagnahme gehorteter und der Versorgung der Bevölkerung entzogener Waren, Aufdeckung ungesetzlicher Kompensationsgeschäfte, u.a. bei den Geschäften und Firmen Juelt-Schaa, Ledergroßhändler Theilig/Gera, Wandel/Gera, Holzfirma Kaden/Gera-Untermhaus, im Landkreis in Wünschendorf, Neustadt und Münchenbernsdorf. Bei der Lederfabrik Hertel/Gera aufgefundene große Bestände an Lederwaren - u.a. 872 kg Ledersohlen und 1.226 Sattelleder - waren ordnungsgemäß bei der Industrie- und Handelskammer gemeldet, aber nicht der weiteren Verwendung zugeführt worden.<sup>26)</sup>

Anfang September 1947 verließ der Ministerpräsident Thüringens, Dr. Paul, mit seiner Frau und vier weiteren Personen die sowjetische Besatzungszone. Dr. Paul war nach der Befreiung vom Faschismus, bis zu seinem Einsatz als Präsident des Landes Thüringen durch die Rote Armee, Oberbürgermeister in Gera. Er hatte bedeutenden Anteil am Aufbau antifaschistischer Verwaltungsorgane und der Sammlung antifaschistischer Kräfte. Vorherige Hinweise, dass Dr. Pauls, die Zone verlassen wolle, wurden von dienstlichen Stellen nicht beachtet.<sup>27)</sup>

Die Thüringer Regierung erklärte, dass Nachforschungen über seinen Aufenthalt ergebnislos verlaufen seien. Gemäß Absatz 8, Artikel 3 der Verfassung des Bundeslandes Thüringen habe Dr. Moog (LDPD) die Geschäfte bis zur Neuwahl übernommen. In einem Interview wies Moog Gerüchte über eine Regierungskrise zurück. Es habe „keine politischen Differenzen“ gegeben. Er sei geneigt, „eigennützi-

ge Gründe zu sehen“. Die Grundsätze der Blockpolitik würden nicht berührt werden. <sup>28)</sup> Im Beschluss des Landtages vom 8. Oktober 1947 über die offizielle Amtsenthebung hieß es sachlich, dass Dr. Paul ohne Übergabe seines Geschäftsbereiches Thüringen verlassen habe. Damit habe er gegen seinen Eid, dem Volke treu zu dienen, gehandelt. <sup>29)</sup>

Auch Moog verließ später - ebenso wie Dr. Bloch, Dr. Schäfer und andere damals in der antifaschistischen Politik engagierte Persönlichkeiten - die SBZ. Derartiges Verhalten wurde, mitunter auch jetzt noch, pauschal als „Verrat“, „Karrismus“ und ähnlich negativ bewertet. <sup>30)</sup>

Es gab sicher vielfältige Ursachen. Zu berücksichtigen sind u.a., inwieweit persönliche Überzeugungen, politische Ideale und Werte im Widerspruch zur SED-Politik und der Besatzungsmacht gerieten. So Dr. Pauls Bemühungen zur Schaffung rechtsstaatlicher Grundlagen antifaschistisch-demokratischer Maßnahmen. <sup>31)</sup>

Die Kreisdelegiertenkonferenz der SED am 9. und 10. August 1947 in Gera legte ein Bekenntnis ab, „alles zu tun, um das Endziel Sozialismus zu erreichen“. Sie warnte vor der wachsenden Zahl der versteckten und offenen Feinde der Partei und sprach sich für die Fortsetzung der Blockpolitik aus. <sup>32)</sup> Begleitet von Auseinandersetzungen zwischen den Parteien führte der Haupt- und Kreisblock weitere gemeinsame Aktionen durch.

Dazu gehörten:

- Die Festveranstaltung am 7. September 1947 zu „800 Jahre Moskau“;
- eine Versammlungswelle zum Thema „Was wird aus den freien Spitzen?“ vom 11. bis 14. September 1947 in allen Orten des Landkreises. Sie wurde unterstützt von den Ämtern für Handel und Versorgung des Stadt- und Kreisrates. In dem von Fritz Roth unterzeichneten Aufruf hieß es: die Teilnehmer bekunden den „Aufbau-

willen zu einem neuen demokratischen Deutschland ...“.

- Gemeinsam riefen Block und VVN Gera zur Ehrung der Opfer des Faschismus am

14. September 1947 auf.

Unterstützt wurde die Kreislehrerkonferenz im Oktober 1947. Neben Vertretern der SMATH, der Regierung, der Stadtverwaltung und des Landratsamtes nahmen Persönlichkeiten aller Parteien und Massenorganisationen daran teil.<sup>33)</sup>

Der II. Parteitag der SED (20. bis 24. September 1947) hatte erklärt: „Der demokratische Neuaufbau der Verwaltung, der Wirtschaft und des kulturellen Lebens sei die gegenwärtige Aufgabe der geeinten Arbeiterbewegung“. Sie könne nur durch die Zusammenarbeit aller fortschrittlichen Kräfte gelöst werden. Jede Alleinherrschaft werde durch die SED abgelehnt. Die im Juli 1947 aufgestellten Kriterien der Blockpolitik wurden in die Entschließung aufgenommen.<sup>34)</sup>

Gemeinsam richteten der Antifa-Haupt- und Kreisblock, die Bezirks- und Ortsblocks ihre Tätigkeit weiterhin

- auf die Unterstützung der Verwaltungsorgane zur Sicherung der Versorgung und den Kampf gegen den Schwarzhandel

- die Mobilisierung von Bürgern für Bildungsveranstaltungen zur aktuellen Politik und Feierstunden.

Dem dienten Großeinsätze zur Realisierung des Befehls 209, zu dem die Kreiskommission für die Durchführung der Bodenreform aufgerufen hatte, der Abschluss von Patenschaften nach einem Aufruf des VdgB-Landesverbandes, die Beteiligung an Kartoffelkäfersuchaktionen und Mithilfe bei der Ernteeinbringung.<sup>35)</sup>

Themen einiger vom Antifa-Block organisierten Bildungsveranstaltungen waren:

- „Die Überlegenheit des sozialistischen Wirtschaftssystems gegenüber dem kapitalistischen“ mit Hauptmann Plotnikow

- Diskussionsabend „Über die politische Wirtschaftslage und das kulturelle Zusammenwirken Deutschlands und Sowjetrußlands“ mit Dr. Breitenborn als Referenten. Eine zentrale Frage dabei war: „Was erwarten die Blockparteien von der UdSSR?“

- „Sozialismus und Kommunismus“ mit Major Notiwenko <sup>36)</sup> Dazu erklärten CDU-Vertreter, sie würden nur daran teilnehmen, wenn das Thema „christlicher Sozialismus“ behandelt würde. <sup>37)</sup>

Auf der Kundgebung des Antifa-Blocks „Jahrhundertfeier der Deutschen Revolution 1848 - 1948“ sprachen Vertreter aller Parteien: Dr. Breitenborn/LDPD, von Anderten/CDU, Paul Richter/SED, Landtagsabgeordneter. Die Langenberger CDU und LDPD wollten wegen Finanzschwierigkeiten nicht daran teilnehmen. <sup>38)</sup>

## **2. Entnazifizierung: Antifaschistische Aktion - Besatzungsrecht oder Willkür?**

Von Mai 1945 bis Juni 1946 waren aus der Stadt- und Kreisverwaltung Gera, einschließlich der Polizei 1.841 aktive Nationalsozialisten entlassen worden. <sup>39)</sup> Als solche zählten die sogenannten „alten Kämpfer“ (Eintritt in die „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei“ [NSDAP] vor April 1937) und NSDAP-Mitglieder in bestimmten Positionen des Nazi-Staates, unter anderem alle Beamten vom Regierungsdirektor aufwärts, alle Landräte, Oberbürgermeister und hauptamtlichen Beigeordneten der Stadtkreise, die Schulräte ... die politischen Leiter der NSDAP, vom Zellenleiter aufwärts und Funktionäre anderer NS-Organisationen. <sup>40)</sup> Dieser, Entnazifizierung (auch Säuberung oder Bereinigung) genannte Prozess war im 2. Halbjahr unterbrochen worden. <sup>41)</sup>

Ein von der Thüringer Landesregierung am 14. Oktober 1946 erlassenes „Gesetz zur Durchführung der Bereinigung der Verwaltung und Wirtschaft von Nazi-Elementen“ und die dazu verabschiedete 1. Verordnung ... wurden erst mit Jahresbeginn 1947 wirksam. Neue Reinigungsausschüsse und Spruchkammern in den Stadt- und Land-

kreisen wurden gebildet. Damit endete „die Arbeit der im Lande Thüringen bisher vorhandenen besonderen Reinigungsausschüsse, Spruchausschüsse oder ähnlicher für die Bereinigung der Verwaltung und Wirtschaft geschaffener Einrichtungen“.<sup>42)</sup> \*

Die nun einsetzende Welle der Entnazifizierung erreichte in Gera jedoch nicht mehr die Initiative und Breite antifaschistischer Kräfte wie zuvor. In den jetzt gebildeten Reinigungsorganen der Stadt und des Kreises Gera war die SED am stärksten vertreten.

Dem Reinigungsausschuss der Stadt gehörten an: Fritz Kühn (SED), Vertreter des Oberbürgermeisters und Vorsitzender des Ausschusses, je drei Vertreter der Parteien, zwei Vertreter der Gewerkschaften sowie je ein Vertreter der Personalabteilung der Stadtverwaltung, der Industrie- und Handelskammer und der Handwerkskammer. Vorsitzender für den Landkreisausschuss war Erich Dietsch (SED), sein Stellvertreter Richard Seidel (SED), Vertreter der Verwaltung Werner Enke (SED) Ferner gehörten zum Ausschuss je drei Vertreter der Parteien und drei Vertreter des FDGB.<sup>43)</sup>

Am 13. März 1947 wurde in Gera eine Spruchkammer gebildet, zuständig für die Stadt- und Landkreise Altenburg, Gera und Greiz sowie für den Landkreis Schleiz.<sup>44)</sup> Vorsitzender war Dr. Rosenstock (SED), Amtsgerichtsdirektor in Gera, seine Stellvertreter: Mathias Brandt - Fabrikdirektor, Willi Hubrecht - Steuerhelfer (beide LDPD) Gera, Wilhelm Burkhardt - Uhrengroßhändler, Anton Ranoschek - Polizeidirektor a.D. (beide CDU Gera), Erich Hoffmann - Geschäftsführer Landeseigener Betriebe, Abteilung Textil und Arthur Schöneburg - Parteisekretär (beide SED, Gera). Ferner gehörten zur Spruchkammer je ein Beisitzer und zwei Stellvertreter der SED, CDU und LDPD sowie zwei Beisitzende mit je zwei Stellvertretern des FDGB<sup>45)</sup>.

---

\* Für die Entnazifizierungsorgane (Ausschüsse, Kommissionen etc.) gab es keine einheitliche Bezeichnung, hier wird die jeweils gebräuchliche verwendet.



Mit dieser Zusammensetzung der Entnazifizierungsorgane erhielt die SED-Kreispartei-organisation größere Möglichkeiten, den Verlauf der Entnazifizierung und die Kaderpolitik im Stadt- und Kreisgebiet Gera und darüber hinaus zu ihren Gunsten zu beeinflussen.

Der Innenminister des Landes Thüringen, Ernst Busse (SED), verpflichtete die Mitglieder der Spruchkammern durch Handschlag. Er forderte von ihnen „nicht nur formal-juristisch, sondern politisch zu entscheiden“. Auf einer Konferenz für die Reinigungsausschüsse Ostthüringens hieß es „mit großem politischen Verantwortungsbewusstsein die Entscheidungen zu treffen, so dass die Ergebnisse des Neuaufbaus nicht gefährdet werden“. In beiden Veranstaltungen hob Busse hervor, die aktiven Nazis und Träger der militaristischen Ideologie, die sich bisher der Reinigung entzogen hätten, aus Wirtschaft, Handel, Gewerbe und Verwaltungen zu entfernen, nicht aber nach Nominellen zu suchen. <sup>46)</sup>

In einem Bericht vom März 1947 heißt es, daß in Gera der Reinigungsausschuss seit einigen Wochen arbeite. Für seine Entscheidungen lägen be- und entlastende Materialien aus den Jahren 1933 bis 1945 vor. Sie enthielten oftmals falsche Aussagen. Die zu Überprüfenden wären nicht immer bekannt. Bei dem abschließend zu fällenden Spruch gäbe es meistens Übereinstimmung. Ansonsten entscheide die Mehrheit. <sup>47)</sup>

Die Tätigkeit der Reinigungsausschüsse war mit einem hohen Zeit- und Arbeitsaufwand verbunden. Es waren „tonnenweise die verschiedenen Fragebogen zu untersuchen ...“ <sup>48)</sup> und zahlreiche Briefe, Erklärungen, Zeugenhinweise, Fragen und Einsprüche zu prüfen. Bereits 1945/46 Überprüfte baten um Revision damals gefällter Entscheidungen, so der ehemalige Geschäftsinhaber der Tonhallenbetriebe, Felix Meinhardt, der Malermeister Horst Heiland und der Gewerbetreibende Paul Seifert. Der Geschäftsführer der Filiale von Kaisers Kaffeegeschäft erhob Einspruch, da seiner Meinung nach Gera nicht zuständig sei. Die Überprüfung müsse laut Direktive am Ort des

Hauptgeschäfts erfolgen. Der sich als KZ-Genosse von Fritz Gießner bezeichnende J. Valentin setzte sich, unter Berufung auf ein Gesetz vom 17. Februar 1947, für den aus seinem Amt entlassenen Stadtinspektor E. Freud ein. Der Fall wurde an die Spruchkammer überwiesen. Mehrfach wurde über den Portier Paul Lehmann beraten. Einwände des Antifa-Bezirksblocks Lusan wurden zurückgewiesen, da es neue Belastungen durch eine Zeugin gab. Schließlich wurde der Betriebsrat der Firma Laurenz & Wilde beauftragt, den Portier seines Amtes zu entheben und ihm eine andere Arbeit zuzuweisen.<sup>49)</sup>

Fritz Gießner wandte sich als Mitglied der Spruchkammer an den Reinigungsausschuss, wegen Maßregelung von Mitgliedern des Geaer Theaters. Sie waren, auf telegrafische Anweisung des Volksbildungsministeriums, wegen NSDAP-Mitgliedschaft vor 1937 entlassen worden, „ohne die Möglichkeit einer Überprüfung durch einen Bereinigungsausschuss“. Er verwies auf eine Mitteilung des Ministers, dass Musiker wieder als Arbeiter eingestellt werden könnten. Sicher würde nach Überprüfung aller entlassenen Theatermitglieder, so auch des Opersängers Hegarth, ähnlich entschieden werden.<sup>50)</sup> Zwölf Ärzte, laut Fragebogen zwischen dem 1. Mai 1933 und dem 1. Mai 1937 der NSDAP beigetreten, wurden auf Beschluss des Reinigungsausschusses von weiterer Überprüfung befreit.<sup>51)</sup>

Die Tätigkeit der Reinigungsausschüsse und Spruchkammern war nicht völlig frei von Versuchen, Entscheidungen indirekt zu beeinflussen. So wurde betreffs eines Werner Lonitz um eine „objektive Darstellung“ gebeten, da „es sich um einen langjährigen Genossen“ handele.<sup>52)</sup>

Die zunehmenden Schwierigkeiten veranlassten den zentralen Block, sich am 17. Februar 1947 mit einem Antrag an die sowjetische Militäradministration (SMAD) zu wenden. Darin wurde die Sorge geäußert, dass „eine schematische Durchführung dieser Direktive, wie sie vielfach zu beobachten ist, ... das Ausscheiden vieler Fachkräfte und Spezialisten in Wirtschaft und Verwaltung zur Folge haben“ könnte.

Die Parteien sahen „den erreichten wirtschaftlichen Fortschritt“ gefährdet. Die SMAD wurde gebeten, Befehle zur Durchführung der Direktive des AKR vom Januar 1946 zu erlassen, um die Tätigkeit der Entnazifizierungskommissionen zu entlasten und den nominellen Pg \* Möglichkeiten zur Bewährung und Mitarbeit am Wiederaufbau einzuräumen.<sup>53)</sup>

Die SMAD reagierte mit dem Befehl 201 vom 16. August 1947. Die späte Reaktion hing offensichtlich mit der Tagung des Rates der Außenminister (März/April 1947) zusammen. Ihr lag auch ein Bericht des AKR zur Entnazifizierung vor. Im Teil 10, „Besondere Meinungen der Delegationen“, übte die sowjetische Vertretung massive Kritik an der Entnazifizierung in den westlichen Besatzungszonen.<sup>54)</sup> Der britische Außenminister Bevin konterte, dass es in der SBZ, insbesondere in Thüringen, damit auch nicht besonders gut stünde. Er bezog sich auf eine Erklärung des Volksbildungsministers Dr. h. c. Wolf im Thüringer Landtag. Danach würden an den Thüringer Schulen noch zu 50 % ehemalige NSDAP-Mitglieder als Lehrer unterrichten.<sup>55)</sup>

Ernst Busse nahm öffentlich Stellung. In einer gemeinsamen Erklärung von August Fröhlich, Dr. Appell und Dr. Wolf hieß es, daß in Thüringen „noch bevor überhaupt eine Direktive des AKR über die Entnazifizierung vorlag, die Reinigung des öffentlichen Lebens im wesentlichen durchgeführt war“. Das träfe auch für Gera zu. Die dann fortgesetzte Entnazifizierung sei lediglich eine Vervollständigung und Abschluss bereits vorher getroffener Maßnahmen der Landesregierung. Insgesamt wären in Thüringen 47.848 Personen aus Ministerien, nachgeordneten Dienststellen, Stadt- und Kreisverwaltungen sowie bei Reichsbahn und Reichspost entlassen worden.<sup>56)</sup>

---

\* Anrede in der NSDAP: Parteigenosse, Abkürzung: Pg - Als nominell galten Mitläufer, die sich nicht für die NSDAP engagierten und keine persönliche Schuld auf sich geladen hatten.

Im Befehl wurden die Bedenken der antifaschistisch-demokratischen Parteien hinsichtlich der Auswirkungen auf Wirtschaft und Verwaltung geteilt. Er forderte „aufgrund ... der Direktive Nr. 38 des Kontrollrates und den Wünschen der antifaschistisch-demokratischen Parteien ...:

- „den nominellen Nazis auch das passive Wahlrecht zu gewähren“, ... die ihnen auferlegten „Beschränkungen der politischen und bürgerlichen Rechte ... aufzuheben“;
- „... Maßnahmen zu ergreifen, die die Beschleunigung der Durchführung und den Abschluss der Entnazifizierung ... sichern“;
- „... die Kriegsverbrecher, Mitglieder der verbrecherischen Naziorganisationen und führende Persönlichkeiten des Hitlerregimes zur gerichtlichen Verantwortung“ zu ziehen;
- „... die ehemaligen aktiven Faschisten und Militaristen von allen öffentlichen und halböffentlichen Posten und den entsprechenden Posten in den wichtigsten Privatbetrieben zu entfernen“;
- dass die Entnazifizierungskommissionen ihre Tätigkeit lediglich in den Zentralpunkten der Bezirke, den Hauptstädten der Länder und in Städten der Länderzugehörigkeit fortführen ... „ihnen die Prüfung der Fälle zu übertragen, die mit Verbrechen zusammenhängen, welche von den ehemaligen aktiven Mitgliedern der Naziartei begangen wurden“;
- „die Auswahl des Personalbestandes der neu zu bildenden Entnazifizierungskommissionen den örtlichen Organen der deutschen Selbstverwaltung ... zu übertragen“;
- ... in der Direktive 38 des AKR „vorgesehene Sanktionen durchzuführen“;
- die „Prüfung besonders wichtiger Fälle ... durch Militärgerichte durchzuführen“;

- „alle Fälle von Verbrechen, die in den Direktiven Nr. 24 und 38 des Kontrollrates angeführt werden, ... den deutschen Untersuchungsbehörden ... zu übergeben“.<sup>57)</sup>

Für die Durchführung des Befehls waren die deutschen Verwaltungen für Inneres und für Justiz und die Länderregierungen zuständig. Ende August 1947 informierte das Ministerium des Innern die Geraer Spruchkammer, dass sie ihre Arbeit sofort einzustellen habe.<sup>58)</sup> Unsicherheiten traten auf. Laufende Verfahren wurden ab- und unterbrochen. In einem Schreiben von Fritz Gießner an einen Bürger Kurt ? (Nachname nicht ersichtlich) heißt es dazu: „... das die Spruchkammern in Thüringen aufgelöst sind und es mir daher nicht möglich ist, deinen Einspruch zu bearbeiten und weiterzuleiten. Nach dem Befehl 201 der SMAD werden neue Entnazifizierungsausschüsse gebildet. Es liegt noch nicht fest, ob die bisherigen Einsprüche an diese Entnazifizierungskommissionen geleitet werden oder ob die den Spruchkammern zugedachten Einsprüche bei den ordentlichen Gerichten erledigt werden ...“.<sup>59)</sup>

Die Ausführungsbestimmung Nr. 2 zum Befehl legte die Zusammensetzung der neu zu bildenden Entnazifizierungskommissionen fest. Der bei der Geraer Stadt- und Kreisverwaltung gebildeten Kommission gehörten je ein Vertreter der Parteien, des FDGB, der VdGB und der FDJ an. Sie nahm am 11. Oktober 1947 ihre Tätigkeit auf.<sup>60)</sup>

Bis Ende Oktober 1947 hatte die Geraer Entnazifizierungskommission in 47 öffentlichen Sitzungen 112 Fälle behandelt. Über ihre Arbeitsweise hieß es, sie erfolge in Form von Gerichtsverhandlungen, mit Verteidigung, Entlastungsmöglichkeiten und Zeugen, wobei der Angeklagte das „letzte Wort“ habe. Termine, Namen und Anschriften wurden auf der Lokalseite im „Thüringer Volk“ veröffentlicht, an einem Verhandlungstag bis zu sechs Personen, vorwiegend Gewerbetreibende und Handwerker, unter ihnen der Handelsvertreter Max Mittenzwei und der Gastwirt Otto Schmetzer.<sup>61)</sup> Der Inhaber der Firma Pflug, seit 1933 NSDAP-Mitglied, ehemals Zellenleiter der Nati-

onalsozialistischen Volksfürsorge (NSV) musste sich wegen Nazi-propaganda verantworten. In einer 2. Sitzung der Kommission wurde er als nominell eingestuft. Ein als Zeuge benannter ehemaliger KZ-Häftling hatte bestätigt, dass Pflug Häftlingen Hilfe geleistet hätte und keine Naziflugblätter mit Hilfssendungen versandt habe.<sup>62)</sup>

Die Tätigkeit dieser Kommission fand offensichtlich wenig Unterstützung in der Öffentlichkeit. Deshalb wurde die Bevölkerung zu stärkerer Mitarbeit aufgerufen. Diese sei „keine Denunziation“. Unter dem Motto „Volkskontrolle tut not! - Demokratie bedeutet Kontrolle von unten“, ging die Aufforderung an die Bürger: „Bereinigt endlich Wirtschaft, Freie Berufe und Verwaltung von Nazi-Aktivisten, Denunzianten und Kriegsverbrechern durch Meldung an die Entnazifizierungskommissionen!“<sup>63)</sup>

Auf einer Konferenz des Geraer Haupt- und Kreisblocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien am 13. November 1947 forderte der Vorsitzende der Entnazifizierungskommission, Oberbürgermeister Bloch, von den Antifaschisten mehr Initiative bei der Benennung aktiver Nazis. Über die Aufgaben des Befehls 201 sprach der stellvertretende Schulrat von Gera, Seidel (SED). Polizeirat Markowitsch erklärte in dem Zusammenhang, dass „noch immer einige Bevölkerungskreise glauben, den Nazismus retten und den Antifaschisten den Weg versperren zu können“. Auch jene seien Naziaktivisten und müssten zur Verantwortung gezogen werden, die durch Nazi-propaganda und Verbreitung tendenziöser Gerüchte den Frieden zu gefährden versuchten.<sup>64)</sup>

Diese sicher überzogene Wertung widerspiegelt, inwieweit der Kalte Krieg antifaschistisches Denken und Handeln in Gera bereits bestimmte. In den folgenden Monaten, bis zum März 1948, fanden am Geraer Landgericht Prozesse gegen als aktiv eingestufte NSD-AP-Mitglieder statt. Ihnen wurde vorgeworfen, die Naziherrschaft und deren Krieg durch hohe Spenden unterstützt und zur persönli-

chen Bereicherung genutzt zu haben. Das Strafmaß lag zwischen drei Monaten und drei Jahren Gefängnis sowie Vermögensentzug. <sup>65)</sup>

Der Dentist Anton Sander aus Schlesien, seit 1931 NSDAP-Mitglied, wurde zu drei Monaten Gefängnis wegen „propagandistischer Tätigkeit für die NSDAP“ verurteilt. Ein Polizeiwachtmeister erhielt sechs Monate wegen Denunziation eines Bürgers bei der Gestapo (Geheime Staatspolizei), der sich gegen den Boykott jüdischer Geschäfte ausgesprochen hatte.

Im Februar 1948 mußte sich der Fabrikant der Kolophonwerke Ernst Röhler (seit 1937 NSDAP-Mitglied) gerichtlich verantworten. Er habe allein von 1940 bis 1945 mindestens 206.000 RM an das Nazi-regime gespendet. Nach einem Revisionsverfahren wurde er zu drei Jahren Bewährung und 60 % Vermögensentzug verurteilt. Ein gegen Röhler erhobener Vorwurf, er habe sich auf Kosten rassistisch Verfolgter bereichert, konnte sich „nicht erhärten lassen“. Gegen Hans Blume, Prokurist in der Firma des Fleischfabrikanten Franz Walter, der im Februar 1948 zu drei Jahren Haft verurteilt worden war, wurde im Februar/März desselben Jahres vor der Großen Strafkammer des Landgerichtes verhandelt. Er war seit 1. Mai 1933 NSDAP-Mitglied, Blockwart, förderndes SS-Mitglied und Angehöriger des NSKK (Nationalsozialistisches Kraftfahrzeugkorps). Ihm wurde vorgeworfen, Zwangsarbeiter völkerrechtswidrig und unmenschlich behandelt zu haben. Von 20 Zeugen bestätigten 17 diese Anschuldigung nicht. Darunter der Landtagsabgeordnete der SED Prof. Dr. Gröbe. Er sagte aus, dass Blume 1938 Opfern des Naziterrors durch Geld- und Lebensmittelpenden geholfen habe. Das Urteil lautete: 2 Jahre und 3 Monate Gefängnis sowie 2.000 Mark Vermögensentzug. Mit diesem Prozess, hieß es, fand ein Stück Zeitgeschichte Ostthüringens sein Ende. <sup>66)</sup>

Der Befehl Nr. 35 vom 26. Februar 1948 erklärte die Entnazifizierung offiziell als beendet. Noch schwebende Verfahren, sofern sich nicht eine Anklage ergab, wurden eingestellt. <sup>67)</sup>

Begleitet war die Entnazifizierung - vor allem in den ersten Nachkriegsjahren - von Repressalien, vorwiegend der Besatzungsorgane. Sie umfassten Geldstrafen, langjährige Haftstrafen (bis zu 25 Jahren), Todesstrafen und massenhafte Internierungen. Grundlage dafür waren in allen Besatzungszonen die im Ergebnis des 2. Weltkrieges verabschiedeten völkerrechtlichen Abkommen der Großmächte von Jalta und Potsdam sowie Festlegungen des AKR. Danach waren Kriegsverbrecher und nationalsozialistische Parteiführer, aber auch „Personen, die für die Besatzung und ihre Ziele gefährlich sind“ zu internieren.<sup>68)</sup> In der Direktive 38 des AKR wurden auch Minderbelastete, Mitläufer und Entlastete sowie Deutsche, „die keiner bestimmten Verbrechen schuldig, aber für die Ziele der Alliierten als gefährlich gelten“ benannt. In der SBZ wurde zuzüglich das Strafgesetzbuch der RSFSR, Paragraph 58 angewandt, worauf viele überhöhte Urteile fußten.<sup>69)</sup> Die Tabuisierung dieser Thematik in der SBZ und in der DDR war ein „schwerer Fehler“.<sup>70)</sup> Damit wurde Spekulation und Geschichtsverfälschung Vorschub geleistet, der Antifaschismus belastet.

Aus dem Geraer Gebiet waren (nach vorliegenden Listen) vom 15. September 1945 bis 2. November 1946 in das Speziallager 2 Buchenwald, 291 Personen eingeliefert worden.<sup>71)</sup> Einer von ihnen war Paul Peterlein, verstorben am 18. Januar 1947.<sup>72)</sup>

Unter den Internierten und anderweitig Inhaftierten befanden sich eine bisher nicht bekannte Anzahl von Personen, die weder an Verbrechen des Naziregimes beteiligt waren, noch dessen Politik aktiv unterstützt hatten. Selbst Antifaschisten waren betroffen. Bekannt geworden ist das Schicksal des Thüringer Innenministers und ehemaligen KZ-Häftlings Ernst Busse, weniger bekannt das von Jürgen Kirmes. Er war führendes Mitglied der Greußener Antifa-Jugend und wurde wegen „Werwolf“-Vorwurf zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt.<sup>73)</sup> Günter Diener, Sohn des bekannten, von den Nazis hingerrichteten Geraer Antifaschisten und Kommunisten Rudolf Diener,



wurde ebenfalls inhaftiert und gequält. Er ist dennoch seinen sozialistischen Idealen treu geblieben.<sup>74)</sup> Inhaftiert und gefoltert wurde das Geraer CDU-Mitglied Erich Achim Hindermann; 1944 von den Nazis zum Tode verurteilt, 1945 aus dem Gefängnis Plötzensee befreit.<sup>75)</sup> Von Herbst 1945 bis zum Frühjahr 1946 verhafteten Polizei und NKWD/MWD \* ca. 30 Jugendliche aus Gera. Alle - außer Horst Z. - waren unter 18 Jahren, darunter 5 Fünfzehnjährige. Viele waren ehemals Hitlerjugend- bzw. Jungvolkführer. Einer von ihnen war Kurt Oe. Er war 17 Jahre alt, als er am 21. Oktober 1945 verhaftet wurde. Oe. erzählt von wochenlangen, zumeist nächtlichen, Verhören und Mißhandlungen. Um endlich Ruhe zu haben, gestand er nach 6 Monaten „Spezialbehandlung“, Mitglied einer Wehrwolforganisation zu sein. Angeklagt, einer terroristischen Organisation anzugehören, die es sich zum Ziel gesetzt habe, die antifaschistische Ordnung zu zerstören und die Naziordnung wiederherzustellen. Er wurde zu 20 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Mit anderen Jugendlichen kam er ins Speziallager Sachsenhausen.<sup>76)</sup> Rolf Staudte, wegen Wehrwolf-Vorwurf in die Haftanstalt nach Gera gebracht, berichtete von „wilder Fragererei“ nach Waffenlagern. Jeder Verneinung folgten Schläge ins Gesicht und auf den Kopf.<sup>77)</sup> Auch Karl-Heinz F. berichtete von solchen Verhörmethoden.

Nach anderen Aussagen wurden Geständnisse im Keller des ehemaligen Geraer Hotels „Sonntag“ in der Amthorstraße (später Konsumbezirksverwaltung) herausgeprügelt.<sup>78)</sup> Erich B. aus Gera, zur Zeit seiner Verhaftung 16 Jahre alt, schrieb: „jene verhafteten Jugendlichen wurden durch die bekannten NKWD-Methoden ... gezwungen, Geständnisse abzulegen, die niemals den Tatsachen entsprachen“. Helmut Meyer, damals 17 Jahre, nach solchen Verhören seelisch und körperlich gebrochen, bekannte sich als Anführer einer Geraer Wehrwolfgruppe. Er wurde erschossen. Jedem, der versuchte, vor dem so-

---

\* NKWD: Narodnyi Kommissariat Vnutrennich Del (Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten).

MWD: Ministerstvo Vnutrennich Del (Ministerium für Innere Angelegenheiten)

wjetischen Tribunal die erzwungenen Geständnisse zu widerrufen, wurde das Wort entzogen. Internierungen von HJ-Führern entsprachen, die geschilderten Praktiken aber widersprachen der Direktive 38.

Zur Willkür gehörte auch, aus der Gefangenschaft westlicher Alliiertener Entlassene in sowjetischen Lagern erneut zu inhaftieren. Rudolf K. war, nach Überprüfung durch die amerikanische Militärpolizei, nach Gera entlassen worden. Bei einer Razzia wurde er am 3. Dezember 1946 mit weiteren Männern der Jahrgänge 1918 bis 1923, in Leipzig verhaftet. Vorgeworfen wurde ihm Spionage. Im Verhör durch das NKWD, wie K. es ausdrückt, „aussagefähig gemacht“, wurde er zu 10 Jahren Freiheitsentzug verurteilt. Stationen seines Strafvollzuges: Leipzig, Dresden, Bautzen, Sachsenhausen, Torgau.  
<sup>79)</sup> Viele Betroffene, darunter auch K., wurden nach der Wende von russischen Organen rehabilitiert.

Gerhard Eichstedt kehrte nach seiner Entlassung aus amerikanischer Gefangenschaft in seinen Heimatort Saalfeld zurück. Eines Tages erhielt er von einem Polizisten die Aufforderung, sich mit einer Decke in der sowjetischen Kommandantur zu melden. Mit einem Lkw wurde er in die „feste Burg“ nach Rudolstadt gebracht und dort verhört. Den Vorwurf, er gehöre dem Wehrwolf an, wies Gerhard Eichstedt zurück. Mit 10 bis 15 anderen kam er in das Speziallager 2 nach Buchenwald, später als Kriegsgefangener nach Kasachstan. Vor seiner Einberufung zum Arbeitsdienst (RAD) und zur Wehrmacht war Gerhard Eichstedt Jungvolkführer gewesen. Wahrscheinlich war dies der Anlaß für seine Internierung.<sup>80)</sup> Egon P. (damals 19 Jahre) wurde mit seinen Brüdern Manfred (damals 16 Jahre) und Günter (damals 18 Jahre) verhaftet. Bei ihm wurden Handzettel gefunden: „Wählt demokratisch - wählt SPD“. Von einem sowjetischen Militärgericht wurde Egon P. wegen „antisowjetischer Propaganda und Untergrundtätigkeit im Auftrag der westlichen Drahtzieher“ zum Tode verurteilt. Nach 4 Monaten Wartens auf den Vollzug, wurde das Urteil auf 15

Jahre Zwangsarbeit abgeändert. Er sei Opfer einer Verwechslung geworden, hieß es.<sup>81)</sup>

Nicht in jedem Fall wurden Repressalien angewandt. Gerhard Eichstedt - danach befragt - erklärte, dass er persönlich nicht misshandelt wurde. Er könne die Anwendung solcher Maßnahmen weder bestätigen noch verneinen. Auch der Autor war 1946/47 mit anderen Jugendlichen und Kindern wegen eines Waffenfundes verhört worden. Es geschah ohne Zwang und ohne Folgen.

Die Lebensbedingungen in den Lagern waren schwer. Günter Ochs schildert seine Erlebnisse im Speziallager 2 Buchenwald in seinem Buch: „Meine gestohlene Zeit“. Wie Gerhard Eichstedt bestätigt: „Eine realistische Darstellung - weder übertreibend noch beschönigend.“ Die hohe Zahl von Todesopfern ging vorwiegend auf Hunger und Krankheit zurück.\* Das wird von Betroffenen bestätigt. Hinzu kam die völlige Isolierung von der Außenwelt. Erst ab Oktober 1949 durften - unter Angabe von Feldpostnummern - 15 Zeilen an nahe Verwandte geschrieben werden. Da waren Inhaftierte mitunter schon Jahre zuvor verstorben.<sup>82)</sup>

Viele Verhaftungen gingen auf Denunziationen zurück; ohne rechtskräftige Beweise, ohne Möglichkeit, sich gegen Anschuldigungen zu wehren. Beim Kreisvorstand der SED Gera wurden durch einen Kurt Kl. der Schuhmacher Knauer als Mitarbeiter der Gestapo, Dr. Heß als SS-Angehöriger und Hermann Schulze „der Begünstigung ehemaliger Nazianhänger bei Strafeinsätzen“ beschuldigt. Dr. Heß wurde daraufhin 1946 „nach Stettin in ein Flüchtlingslager strafversetzt“. Für weitere Beschuldigte hatten die Anzeigen - Dank Nachprüfung durch den Geraer Polizeidirektor Walter Schack in Weimar und des Antifa-Blocks Gera-Lusan - keine Folgen. Es wurde eingeschätzt, dass Kl. sich „von persönlichen Motiven leiten lasse“ und „selten den Wahrheitsnachweis antreten könne“.<sup>83)</sup>

---

\* Das war im „normalen Leben“ großer Bevölkerungskreise zur damaligen Zeit nicht wesentlich anders.

Die Internierungspraxis sowjetischer Besatzungsorgane belastete die antifaschistische Politik der SED und ihr Verhältnis zu den anderen Parteien. Doch sah sie sich zunächst nicht als berechtigt an, daran Kritik zu üben.<sup>84)</sup> Auf dem II. Parteitag der SED wurde die Fürsorge für die Internierten zu einer wichtigen Aufgabe erklärt. Bei einem Treffen mit verantwortlichen Vertretern der SMAD, u.a. mit Marschall Wassili D. Sokolowski, hat Wilhelm Pieck 1947/48 die Probleme der Sonderlager angesprochen.<sup>85)</sup> Offen bleibt die Frage, inwieweit es auch auf kommunaler Ebene solche Initiativen gab und was der Kreisvorstand Gera der SED zur Realisierung der genannten Aufgabe des II. Parteitages der SED tat.

Der weitere Weg überlebender Internierter war differenziert. Es verdient hohe Anerkennung und Achtung, wenn Betroffene sich später dennoch - über ihre berufliche Arbeit hinaus - beim Aufbau ihrer Heimat engagierten, sei es im „Nationalen Aufbauwerk“ (später „Mach-Mit-Wettbewerb“ der „Nationalen Front“), in Elternvertretungen oder durch andere gesellschaftliche Tätigkeiten.

Als nach der Wende 1989 das Schweigen über die Spezial- und Sonderlager - und damit auch über manches begangene Unrecht - gebrochen wurde, erklärte das sowjetische Innenministerium: „Es sei nicht ausgeschlossen, dass sich unter den Internierten auch Personen befanden, die lediglich auf der Grundlage von Anzeigen in Haft genommen wurden.“ Dem damaligen Innenminister der DDR, Dr. Peter-Michael Diestel, wurden Kopien entsprechender Archivadokumente zur Verfügung gestellt.<sup>86)</sup>

Das tragische Geschehen der Nachkriegsjahre kann nicht vom geschichtlichen Prozess, den Verbrechen des 2. Weltkrieges, der Nazi-herrschaft und der Psychose des Kalten Krieges losgelöst werden. Ebenso wenig darf begangenes Unrecht damit gerechtfertigt werden. Die Verflechtung des persönlich bitteren Schicksals in dem historischen Rahmen sehen auch Betroffene so, wie zum Beispiel Gerhard Eichstedt, Kurt Oe. und Günter D. Zurückzuweisen sind undifferen-

zierte tendenziöse Darstellungen wie: „Amerikaner hätten im idyllischen Gessental - Gangstern gleich - unter tierischem Gebrüll deutsche Soldaten erschossen“ oder „hunderte ehemalige Wehrmachtangehörige von Gera nach Bad Kreuznach zur Endstation Verhungern verfrachtet“, während „die sowjetischen Soldaten den Weg ins Licht bahnten“.<sup>87)</sup>

Oder zur Entnazifizierung: „... geprüft wurde nicht viel, die Rollkommandos bewegten sich wie bei Hitler...“.<sup>88)</sup>

Den Opfern Gerechtigkeit zuteil werden zu lassen, zugleich aber auch Versuchungen entgegenzutreten, deren Schicksale politisch zu instrumentalisieren oder für die Verfälschung der Historie auszunutzen, erfordert eine vorbehaltlose wissenschaftliche Aufarbeitung der Geschichte der Internierungslager. Die PDS und antifaschistische Verbände haben sich dazu bekannt.<sup>89)</sup>

### **3. Die Volkskongressbewegung 1947/1948**

Der II. Parteitag der SED hatte den Kampf um die Einheit Deutschlands zur dringendsten Aufgabe des deutschen Volkes erklärt. Sein Ruf nach einer Volksentscheid für die Gestaltung Deutschlands zu einem demokratischen Einheitsstaat blieb ungehört. Initiativen verschiedener politischer Kräfte in Ost und West waren gescheitert, u.a. ein Vorschlag der SED, unterstützt vom Liberaldemokraten Eugen Schiffer, die antifaschistisch-demokratischen Parteien mögen sich mit einem Appell an die Weltöffentlichkeit wenden.<sup>90)</sup>

Für den 25. November bis 15. Dezember 1947 war der Rat der Außenminister der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Frankreichs nach London einberufen worden, um über einen Friedensvertrag mit Österreich und Deutschland zu beraten.

In dieser Situation beschloss der Parteivorstand der SED am 26. November 1947 einen Aufruf, „alles Trennende beiseite zu lassen“.

„Es geht nicht um Parteien, sondern um unser Volk!

Aufgrund bereits vorliegenden Einverständnisses vieler Organisationen schlagen wir vor: Alle antifaschistisch-demokratischen Parteien, Gewerkschaften und andere Massenorganisationen, Betriebsräte und Belegschaften großer Betriebe, Organisationen der Bauernschaft, Vertreter der Wissenschaft und der Kunst in ganz Deutschland sollen ihre Stimme gemeinsam für das deutsche Volk erheben. Wir laden ein zu einem deutschen Volkskongress für Einheit und gerechten Frieden am 6. und 7. 12. 1947 in Berlin, Staatsoper, Friedrichstraße 101/102.

Tagesordnung:

1. Der Wille des deutschen Volkes für einen gerechten Frieden, für Demokratie und Einheit Deutschlands - Referate und Aussprache
2. Wahl einer Delegation zur Londoner Außenministerkonferenz. Allen Parteien, Organisationen und Großbetrieben empfehlen wir, sofort Stellung zu unserem Vorschlag zu nehmen und die Vorbereitungen für die Entsendung der Delegierten zu diesem Volkskongress zu treffen.“<sup>91)</sup>

Am 28. November reagierte der Thüringer Landesblock mit der Festlegung, eine Delegation zu entsenden. In Weimar wurde ein Vorbereitungsbüro eröffnet.<sup>92)</sup>

Der Antifa-Haupt- und Kreisblock Gera bildete am 29. November 1947 ein Kreisbüro. Es hatte seinen Sitz im „Karl-Liebknecht-Haus“<sup>93)</sup> Hier sowie in den Bezirks- und Ortsblocks und anderen benannten Orten lagen Einzeichnungslisten aus, konnten Zustimmungserklärungen abgegeben werden. Mit Unterstützung der Antifa-Blöcke fanden Aktionen im Stadt- und Landkreis statt:

Versammlungen in Langenberg und Münchenbernsdorf, 12 Jugendversammlungen, deren Träger die FDJ war. Bauernversammlungen in

---

\* Nach 1990 „Ostthüringer Zeitung“, jetzt: Druckhaus Gera.

Kauern, Lessen, Kaimberg und Lichtenberg wählten den Bauern Ewald Häselbarth als Delegierten des Kongresses.

Der Antifa-Kreisblock rief zur Einzeichnung auf. Die Funktionäre der antifaschistisch-demokratischen Organisationen wurden verantwortlich gemacht, dass alle Zusammenkünfte dem Kreisbüro mitgeteilt wurden und in allen Dörfern Listen auslagen. Falls diese nicht ausreichten, konnten formlose weiße Blätter genutzt werden.

Der Kreistag und die Stadtversammlung begrüßten in einer gemeinsamen Tagung die Einberufung des Volkskongresses. Sie beschloßen, keine eigenen Delegierten zu wählen, da die Vorschläge der Parteien und Massenorganisationen genügend Vertreter der Selbstverwaltungen berücksichtigt hätten. In einer Resolution, unterzeichnet von Hauschild (SED), Meusel (CDU) und Breitenborn (LDPD), erklärten die Abgeordneten ihren Willen, den Kampf um die Einheit Deutschlands auf demokratischer Grundlage zu führen.<sup>93)</sup> Trotz ablehnender Haltung von Jakob Kaiser und anderen CDU-Funktionären zeichneten sich die Mehrheit der CDU-Mitglieder des Stadt- und Landkreises Gera in die Listen ein, ebenso Landesbischof Mitzenheim, der Vizepräsident der CDU, Steidle und andere führende Funktionäre der CDU.<sup>94)</sup>

Bis zum 5. Dezember 1947 trugen sich 40.000 Bürger des Stadt- und Landkreises in die Listen ein. Um eine höhere Beteiligung zu erreichen, wurde die bis 5. Dezember vorgesehene Einzeichnung verlängert. Die Ergebnisse am 9. Dezember waren:

Stadtkreis	30.274
Landkreis	26.008 <sup>95)</sup>

Die Landesorganisation zur Durchführung des Volkskongresses teilte mit, dass aus dem Kreis Gera folgende Kandidaten „bestimmt“ wurden:

- für die Landesliste der SED: Emma Weiß, Abgeordnete des Thüringer Landtages

Dr. Arno Barth, Oberlandesgerichtspräsident

- für die Landesliste der LDPD: Arthur Breitenborn  
Frau Dr. Hanna Zimmermann-Immisch
- für die Landesliste der CDU: P. von Anderten, Wilhelm Burkhardt, Julius Rave,  
Harry Meusel, Rechtsanwalt Werner Metz
- für die Landesliste des FDGB: Martha Petzold, Kurt Bösewetter, Betriebsratsvorsitzender Otto Bauch
- für die VdgB: Ewald Häselbarth, Lessen
- für die FDJ: Erich Rudolph, Zeulsdorf. <sup>96)</sup>

Die 2.215 Delegierten des ersten gesamtdeutschen Kongresses - darunter 664 aus den Westzonen - \* wandten sich in einer EntschlieÙung an den Rat der Außenminister mit der Bitte, eine demokratisch gewählte gesamtdeutsche Delegation zu empfangen, um den Willen des deutschen Volkes für einen baldigen gerechten und demokratischen Frieden zum Ausdruck zu bringen. Das deutsche Volk wünsche, dass ein „Friedensvertrag die wirtschaftliche und politische Einheit Deutschlands gewährleistet oder dass dem deutschen Volk das Recht zuteil wird, durch eine Volksabstimmung selbst darüber zu entscheiden ...“ <sup>97)</sup> In einer dem Volkskongress übermittelten Resolution - verabschiedet von etwa 1000 Bauern auf der 1. Kreisbauernkonferenz des Kreisvorstandes der SED Gera - wurde die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, daß „nach erfolgreicher Beratung die berufenen Vertreter aller deutschen Schichten und Länder gehört werden“ mögen. <sup>98)</sup>

---

\* Die Volkskongressbewegung war in den Westzonen behindert worden: Verbot der Plakatierung in der amerikanischen Zone, Vorbehaltserklärung der französischen Militärregierung über eine Stellungnahme.



Am 12. Dezember 1947 sprachen Dr. Barth (SED), Arthur Breitenborn (LDPD) und Julius Rave (CDU) als Vertreter ihrer Parteien auf einer Kundgebung des Antifa-Blocks zur Auswertung und Unterstützung der Volkskongressbewegung. Fritz Schulz forderte im Auftrag des Kreis- und Ortsvorstandes des FDGB alle Betriebe zur geschlossenen Teilnahme auf. Es sei deshalb vereinbart worden, dass um 16.00 Uhr Betriebsschluss sei. Die Betriebsräte seien verpflichtet, für die Einhaltung dieser Vereinbarung zu sorgen. „Kein Kollege darf sich der Teilnahme an dieser Kundgebung für die nationale Einheit entziehen.“ In einer Resolution hieß es: höchstes Ziel jedes Deutschen sei es, sich für die Einheit Deutschlands einzusetzen. <sup>99)</sup>

Harry Meusel, CDU-Stadtverordneter, Vorsitzender des Hauptbetriebsrates der Thüringer Justizbehörden, schilderte seine Eindrücke: „Ich bin mit gemischten Gefühlen als Delegierter nach Berlin gefahren. ... Auf dem Wege zum Quartier ... zwischen den Trümmern eine ärmlich gekleidete Frau, auf dem Rücken einen Rucksack mit Holz, in der Hand einen Weihnachtsbaum. .. Mir wurde klar, das ist ein Symbol. Das Volk erwartet den Frieden auf Erden. Für mich und alle Volksvertreter ergibt sich die heilige Pflicht, Parteiinteressen zurückzustellen und durch das Zusammenfinden aller Deutschen die Achtung der Welt wiederzufinden ... dann ging ich zum Kongress... Ich legte mir die Frage vor, was das deutsche Volk von uns erwartet und kam zur Antwort: So zu handeln, wie es die Zukunft unseres Vaterlandes erfordert... Wir hatten ... alle nur einen Gedanken, dass wir Deutsche sind und um einen gerechten Frieden kämpfen wollen ... Wir waren alle der Ansicht, daß Deutschland nicht als Bettler vor die Welt treten darf.“ <sup>100)</sup>

Auf weiteren Versammlungen des Antifa-Kreisblockes am 14. und 15. Dezember in Kraftsdorf, Bad Köstritz und Langenberg traten auf: der parteilose Delegierte Brandt, Otto Bauch und Emma Weiß von der SED, H. Meusel und von Anderten, beide CDU. <sup>101)</sup>

Der Antifa- Haupt- und Kreisausschuss sprach sich für die Einberufung eines Kreiskongresses für Einheit und gerechten Frieden am 31. Januar 1948 in Gera aus. Die Vorbereitung übernahm ein aus Vertretern aller Parteien gebildetes Kreisbüro. In einem Aufruf hieß es: „Dazu haben alle Orte des Kreises Gera Delegierte zu entsenden. Nähere Anweisungen erfolgen noch.“ Die Massenorganisationen sollten je 20, die Parteien je 50 und die Kirchen 5 Delegierte in Zusammenarbeit mit den örtlichen Blockvorständen bestimmen und bei ausreichender Zeit wählen. Waren nicht genügend Mitglieder vorhanden, konnten Parteilose für die fehlenden Mandate gewonnen werden.<sup>102)</sup>

Eine durch die Belegschaft der Kammgarnspinnerei Zwötzen erfolgte Abstimmung für die Einberufung eines Kreiskongresses „zur Einheit Deutschlands, für die Beseitigung der Zonengrenzen, für gerechten Frieden“ ergab:

704	Ja-Stimmen (87,3 %)
28	Nein-Stimmen (3,5 %)
74	ungültige Stimmen (9,2 %). <sup>103)</sup>

In einer Resolution forderten die Delegierten des Kreiskongresses ein geeintes, unteilbares, antifaschistisch-demokratisches Deutschland und den Abschluss eines Friedensvertrages.<sup>104)</sup>

Im Februar 1948 wählte der Antifa- Haupt- und Kreisblock Gera einen „ständigen Ausschuss der Volkskongressbewegung für Einheit und gerechten Frieden“. ihm gehörten an: Arthur Schöneburg, Herbert Fischer (SED), Ulrich Schmidt (CDU), Hermann Breitenborn (LDPD), Fritz Schulze (FDGB), Winfried Theilig (FDJ), Auguste Buchholz (DFD), Alfred Schumann (VdgB), Rosenstock (Kulturbund), Helmut Lehmann (Volkssolidarität), Meyer (VVN), Illig und Emma Weiß als ständige Vertreter.<sup>105)</sup>

Der 2. Deutsche Volkskongress wählte am 17. und 18. März 1948 den aus 400 Mitgliedern bestehenden Deutschen Volksrat, unter ihnen Erich Dinger aus Kauern und Therese Wiedenfeld aus Gera. Be-

schlossen wurde ein Volksbegehren für einen Volksentscheid über die Einheit Deutschlands.<sup>106)</sup>

Etwa 20.000 Geraer folgten dem Aufruf der antifaschistisch-demokratischen Parteien und Organisationen, die 1.Mai-Demonstration unter dieses Zeichen zu stellen.<sup>107)</sup>

Auftakt zum Volksbegehren in Gera war die Großkundgebung am 21. Mai 1948 mit dem Vizepräsidenten des Thüringer Landtages Fritz Heilmann.<sup>108)</sup> Der Kreisausschuss für das Volksbegehren erklärte in einem Aufruf den 23. Mai 1948 als Haupteinzeichnungstag. Die erwartete Resonanz von 80 bis 90 % an diesem Tag blieb aus. In der Stadt hatten sich nur 36,5 % und im Landkreis 57,3 % beteiligt. Die Ergebnisse in den Stadtteilen und Gemeinden waren differenziert, z.B. in Frankental 95 %, in Miesitz und Dürrenebersdorf je 98 %, in Liebschwitz 87 %, Taubenpreskeln 81 %, Wünschendorf 64 %, Langenberg 60 %, Großenstein und Aga je 46 %, Weida 25 % und in Triptis 26 %. Die bisher „passive Teilnahme nutze dem Gegner. Die versäumte Pflicht der Einzeichnung“ müsse schnellstens nachgeholt werden, wurde dazu kommentiert.<sup>109)</sup> Auf eine hohe Beteiligung war auch ein Wettbewerb zwischen Gera und Altenburg gerichtet.<sup>110)</sup> Der Kreisvorstand der SED beschloss den Einsatz von „Schlepperdiensten“. Vorwürfe, es gebe im Vorstand „antibolschewistische Kräfte“, wurden zurückgewiesen.<sup>111)</sup>

Nach wiederholten Aufrufen und intensiver Agitation - eine „Mahnung der Säumigen“, wie es hieß - wurden bis zum Abschluss am 13. Juni in Gera 95,24 % Einzeichnungen erreicht.<sup>112)</sup> Paul Richter forderte vom Kreisvorstand Gera der SED eine Sonderberatung zur Analyse der Ursachen „des Versagens“. Diskussionen über Einzeichnungszwang veranlassten Genossin Weiß zum Antrag an den Kreisvorstand, aus den Einzeichnungslisten alle jene zu erfassen, die von der Besatzungsmacht „abgeholt“ (d.h. inhaftiert) worden seien. Das sei notwendig, um diesbezügliche Fragen zu beantworten.<sup>113)</sup>

Als mit der separaten Währungsreform ein weiterer Schritt zur Spaltung Deutschlands vollzogen wurde, protestierten 80.000 Bürger am 19. Juni auf dem Geraer Marktplatz. Sie erhoben in einer Resolution „ihre Stimme gegen die Zerreißung und für die Einheit Deutschlands“. Redner waren: Fritz Roth (SED), Harry Meusel (CDU) und Arthur Breitenborn (LDPD).

Dr. Bloch berichtete über sich daraus ergebende Maßnahmen für die Stadt.<sup>114)</sup> Initiator dieser Aktion war die SED, die dann den FDGB und die anderen Parteien hinzuzog.

Im April und Mai 1948 hatten sich in der SBZ die Demokratische Bauernpartei (DBP) und die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NDPD) konstituiert. In einer Stellungnahme erklärte die VdgB Gera, dass den Bauern das Recht auf politische Vertretung durch eine eigene Partei zustehe. Sie sprach die Hoffnung auf deren Mitarbeit im VdgB und im Antifa-Block aus.<sup>115)</sup> Der Thüringer Verkehrsminister (CDU) uerte, die Gründung der neuen Parteien beweise, es gäbe keinen Einparteienstaat in der Ostzone mit Totalitransprchen.<sup>116)</sup> Die Gründung dieser Parteien für das Kreis- und Stadtgebiet Gera erfolgte im Sommer 1948.

Auf der ersten öffentlichen Versammlung der Nationaldemokraten, an der auch ein Vertreter der Besatzungsorgane teilnahm, erklärte Herr Niemeyer im Auftrag des Vorstandes: „Wir wollen nicht als Konkurrenzpartei auftreten, sondern mit den anderen Parteien am Aufbau Deutschlands mithelfen. ... Die SED ist nach unserer Auffassung die Partei, die auf marxistischem Boden weiteste Kreise des Volkes in sich vereint.“ Niemeyer sah im „Sozialismus ein Problem, mit dem man sich ernsthaft beschäftigen“ müsse. Die CDU kritisierte er, weil sie „die Gedanken des Christentums mit den politischen Aufgaben verbinden“ würde. Der LDPD warf er vor, die NDPD zu diffamieren und sich gegen die Wirtschaftsplanung und andere fortschrittliche Vorschläge zu wenden. Während der Diskussion kam es „zu Tumultszenen wie anno 1932“, so ein Berichterstatter. Einige der

Diskussionsredner der LDPD und CDU würden „aus der gemeinsamen Blockpolitik ausbrechen „.<sup>117)</sup>

Die NDPD erwies sich damit in Gera schon seit ihrer Gründung als treuer Verbündeter der SED in der Auseinandersetzung mit den bürgerlichen Parteien.

Die 1946 verabschiedeten Gemeindeverfassungen machten 1948 neue Wahlen notwendig. Begründet mit dem „gegenwärtigen ungünstigen Zeitpunkt“ wurde eine Kampagne für deren Verschiebung auf das Jahr 1949 geführt. Die Militäradministration hatte mitgeteilt, die Debatte zu den Kommunalwahlen sei abzustellen. Der SED-Kreisvorstand Gera, der bereits die Bildung einer Wahlkommission beschlossen hatte, meldete daraufhin: „abgestellt“.<sup>118)</sup> In einer Kreisvorstandssitzung am 23. August berichtete Landrat Weinreich von einer „Anregung“ des Oberleutnant Maletz und Kapitän Gorjatschew, in einer Anzahl von Stadt- und Gemeindeparlamenten Mehrheitsbeschlüsse gegen die Durchführung von Wahlen mit Hilfe von Stimmen anderer Blockparteien herbeizuführen. Arthur Schöneburg wollte das im Block zur Abstimmung vorschlagen.<sup>119)</sup> LDPD-Landtagsabgeordneter Krüger erklärte, es sei notwendig „erstmalig aufzubauen und Grundlagen für das neue Wirtschaftsleben und politische Leben zu schaffen“. Die NDPD Thüringen verwies darauf, daß sie erst im Neuaufbau sei. Wahlen im Herbst 1948 würden von den gewaltigen Aufgaben ablenken. Der Zweijahrplan erfordere die Konzentration aller Kräfte. Ein nicht offiziell genannter Grund dürfte die Entwicklung in Deutschland und der Beziehungen zwischen den Alliierten sein. Auf einer öffentlichen Gemeindevertretersitzung in Langenberg sprachen sich die LDPD- und CDU-Fraktionen gegen eine Wahlverschiebung aus. Einer entsprechenden Resolution stimmten sie nicht zu.<sup>120)</sup>

Unter Ausschluss der UdSSR verabschiedete die Londoner Sechsmächtekonferenz (USA, Großbritannien, Frankreich, Benelux-Staaten) im Juni 1948 Empfehlungen, die auf Bildung eines westdeut-

schen Staates gerichtet waren. „Ausgangspunkt für die Entstehung des Grundgesetzes...“<sup>121)</sup> In leicht veränderter Form wurden sie als „Frankfurter Dokumente“ den westdeutschen Ministerpräsidenten übergeben.

Der Kreisausschuss Gera der Volkskongressbewegung wandte sich mit einem Aufruf „an das deutsche Volk, den mit dem Volksbegehren begonnenen Kampf um die Wiederherstellung seiner Einheit mehr auf den unverzüglichen Abschluss eines gerechten Friedens auszu-dehnen“. Die Londoner Beschlüsse und das Besatzungsstatut ablehnend, hieß es weiter: „Der Abschluss eines Friedensvertrages ... ist kein Gnadenakt, den die Siegermächte gewähren oder verweigern können, sondern eine ihnen durch internationalen Vertrag auferlegte Rechtsverpflichtung. ...Zurück zu den Beschlüssen von Potsdam, statt vorwärts in einen Krieg.“<sup>122)</sup>

1.500 Delegierte des Stadt- und Landkreises Gera trafen sich am 11. September 1948 zu einem Kreiskongress für Einheit und gerechten Frieden im Palasttheater. Dr. Großmann, Mitglied des Deutschen Volksrates, referierte zu den von der 4. Tagung des Volksrates am 3. August 1948 verabschiedeten Richtlinien für eine Verfassung. Zur Friedensbewegung sprach Dr. Plette von der LDPD.<sup>123)</sup> Auf einer vom Kreissekretariat organisierten Großkundgebung Ende November 1948 im Palast-Theater sprach Herr von Stolzenburg, LDPD, zum Thema „Frieden für Deutschland.“<sup>124)</sup> Der von der Tagung des Deutschen Volksrates (24. bis 26. Oktober 1948) zur öffentlichen Diskussion vorgelegte Verfassungsentwurf hatte etwa zwei Monate danach im Stadt- und Landkreis Gera „nur wenig Anklang gefunden“. Er wurde „nur in wenigen Fachkreisen ernsthaft diskutiert“.

Um die Diskussion zu beleben, sprach am 16. Dezember Landgerichtspräsident Dr. Bloch auf einer öffentlichen Tagung des Kreisausschusses Gera. Vertreter aller Parteien und der FDJ nahmen Stellung.

Für die Liberaldemokraten erklärte Dr. Plette, dass seine Partei viele Änderungen wünsche, am liebsten einen eigenen Entwurf einbrächte.

Sie wünsche Wahlpflicht und Pflicht einer Parteizugehörigkeit verfassungsgemäß zu verankern. Über die Annahme des Entwurfs sollte ein Volksentscheid befinden. Überhaupt sollten Volksentscheiden und Volksbegehren mehr Bedeutung beigemessen werden. Die anderen Parteien stimmten dem Entwurf grundsätzlich zu. Seine Grundaussage war, Deutschland sei eine unteilbare, einheitliche demokratische Republik auf den Prinzipien der Volkssouveränität.<sup>125)</sup> Auch nach dieser Veranstaltung gewann die Aussprache nur langsam an Öffentlichkeit. So fand in Langenberg noch am 3. Mai 1949 ein Gedankenaustausch mit Dr. Bloch zum Entwurf statt.<sup>126)</sup> Der Parteivorstand der SED hatte bereits 1946 einen Verfassungsentwurf der Öffentlichkeit unterbreitet hatte.

Anfang Januar 1949 nahmen der Antifa-Haupt- und Kreisblock und der Volkskongressausschuss Gera zum Ruhrstatut Stellung. Dessen Ziel sei „der Wiederaufbau einer Kriegsindustrie an der Ruhr“, widerspreche „den Lebensinteressen des ... deutschen Volkes“ und sei „eine Bedrohung des Weltfriedens...“. „Gegen diese ... Tatsachen erheben wir einmütigen Protest und stellen uns hinter die Protestnote des Deutschen Volksrates.“ Die 27. öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung schloss sich, auf Vorschlag des Stadtverordneten Burkhardt (CDU), dieser Resolution an.<sup>127)</sup> Für den Antifa-Block unterzeichneten: Hauschild (SED), Kerbel (LDPD), Burkhardt (CDU), Hothrun (NDPD), Eichlmaier (DBD), Schulze (FDGB), Seiler (DFD), Gerhardt (FDJ), Illig (VVN), Stienna (FDGB), Klinger (Kulturbund). Für die Volkskongressbewegung Gera zeichnete Gantke und für die Stadtverordnetenversammlung Meyer.

#### **4. Führungsanspruch und Bündnis im Widerspruch**

Erfolgreiche Aktionen und Zusammenwirken der antifaschistischen Parteien in der Volkskongressbewegung 1947/48, wiederholte Ab-

sichtserklärungen, die Blockpolitik weiterführen zu wollen, waren im Stadt- und Landkreis Gera immer von Problemen begleitet. Das war bei dem Charakter der Parteien normal - nicht aber wie Konflikte ausgetragen wurden. Eine Ursache dafür war, dass die Zusammenarbeit vom kalten Krieg überschattet wurde. Die Zwei-Lager-Theorie Stalins war darin ebenso eingeschlossen, wie die Separatentwicklung in den Westzonen. Wesentlich war der nach dem II. Parteitag der SED eingeschlagene Kurs auf die Entwicklung einer Partei neuen, d.h., stalinistischen Typs, die Hinwendung zum sowjetischen Gesellschaftsmodell und Absage vom besonderen deutschen Weg zum Sozialismus. Die Theorie von Marx, Engels, Lenin und Stalin hieß es jetzt, sei der Schlüssel zur Lösung aller Aufgaben <sup>128)</sup>.

Der Kreisvorstand der SED Gera betrachtete die bürgerlichen Parteien mit Misstrauen. Ein Ausdruck dafür: Der Auftrag an den Landrat des Kreises Gera, Kurt Weinreich (SED), die Versammlung der CDU mit deren Generalsekretär zu besuchen. Sein Thema: „Deutschland vor London“. In einem Brief dazu heißt es: „Dein Besuch soll informatorischer Art sein. Wir haben einen Kreis von 15 Genossen verständigt. Sollte die Politik unserer Partei von dem Referenten irgendwie angegriffen werden, so werden wir uns in der Versammlung ... über ein eventuelles Entgegenreten verständigen ...“ <sup>129)</sup>.

Nicht der Besuch öffentlicher Veranstaltungen anderer Parteien, sondern die damit verbundenen Maßnahmen werfen ein bezeichnendes Bild auf das Verhältnis der SED zu ihren Blockpartnern. Das verdeutlicht auch ein Schreiben des Landrates an den Leiter der Kommunalpolitik des Kreisvorstandes Gera der SED, Otto Hauschild, über Schwierigkeiten in der Gemeinde Weltwitz. Diese würden verursacht ... durch den Vorsitzenden der Gemeindevertretung, Herrn Kurt von der LDPD. „Das Schlimme ist, dass unsere Genossen, die mit 3 Mann in der Gemeindevertretung vertreten sind, im Fahrwasser des LDPD-Vorsitzenden schwimmen...“ Eine unselige Politik seitens der Ortsgruppe der LDPD ... wird in absehbarer Zeit den völligen



Zerfall der Gemeinde mit sich bringen. Herr Kurt ... äußerte, dass es in der ... Gemeinde nur Dumme gibt. ... Aus dieser Einstellung heraus wird dort ... der größte Unfug verzapft. Ich möchte Dich bitten, mit unserer Ortsgruppe, unter Hinzuziehung des Bürgermeisters Seiferth, Neustadt, einmal darüber zu sprechen. Weiter bitte ich Dich, mit dem Kreisverband der LDPD die nötigen Schritte einleiten zu wollen, um auch bei der LDPD-Ortsgruppe entsprechende Ordnung zu schaffen. Herr Ludwig von der LDPD aus Neustadt, über die Vorgänge informiert, veranlasst ... nicht das Notwendige.“<sup>130)</sup>

Gegenseitiges Misstrauen äußerte sich auch in solchen Vorwürfen und Fakten:

- CDU und LDPD hätten in Bad Köstritz die Errichtung einer Volksküche verhindert.

Da sie die Gemeindevertretersitzung am 24. Oktober 1947 vorzeitig verlassen hätten, konnte kein entsprechender Beschluss gefasst werden.

- Die Volkshochschule in Gera sei „eine einseitig ausgerichtete Bildungsstätte der SED“. Dozentenrat und SED-Vorstand erklärten dazu, dass Vertreter aller Blockparteien zur Dozentschaft und ihrem Rat gehörten und der Lehrplan Veranstaltungen verschiedenster wissenschaftlicher und kultureller Themen enthalte; die wenigsten davon seien marxistische.<sup>131)</sup>

- Mitte November 1947 hatte eine gemeinsame Besprechung von Vertretern der SED, des FDGB und zuständigen Offizieren der Geraer Kreiskommandantur über die Arbeit der Erfassungsfirmen stattgefunden ohne die anderen Blockparteien hinzuzuziehen. Sämtliche Bestände an Konsumwaren und die aus der Ernte anfallenden Kartoffeln sollten sofort erfasst und der Versorgung zugeführt werden.<sup>132)</sup>

Das entsprach den Interessen der Bürger, war aber eine Brüskierung des Blocks.

- Im März 1948 warnte der LDPD-Vorstand seine jungen Mitglieder: sie dürften kein Ebenbild der FDJ werden<sup>133)</sup>.

Zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Parteien kam es 1948 besonders in Stadtverordnetenversammlungen und Kreistags-sitzungen. Kritische Meinungen und Vorschläge von CDU- und LDPD-Stadtverordneten bzw. Ausschussmitgliedern wurden oft durch unsachliche Reaktionen, Bevormundungen und Besserwisserei von SED-Vertretern faktisch abgewürgt, statt sachlich ausgetritten.

Im April 1948 forderte die LDPD Parität in Personalfragen für alle Parteien. Der Stadtverordnete Meusel (CDU) stellte fest, dass von 1100 Angestellten der Stadtverwaltung (eingeschlossen 300 in Kindergärten und Krankenhäusern Beschäftigte) nur 27 CDU-Mitglieder seien. Viele Angestellte wären nicht in der Lage ihre Aufgaben zu lösen, da sie nicht über die notwendigen Fähigkeiten verfügten. Künftig müssten mehr Fachleute ins Amt gebracht werden. Notwendig sei ein „Stamm alter Beamter“. Die Reaktion der SED: Jene, die sich 1945 zur Verfügung gestellt hätten, seien in den Ämtern. Jetzt kämen einige aus den Mäuselöchern, nennen sich Antifaschisten und stellten vermessen die Frage nach Parität. 45 Prozent der Angestellten seien parteilos. Hier könnten die Parteien Mitglieder gewinnen und ihren Anteil erhöhen.

Dr. Breitenborn (LDPD) kritisierte, dass sich wieder Zentralismus bis zur Zentralverwaltung bemerkbar mache. Dadurch würde die Selbstverwaltung der Kommunen eingeengt. Er sei gegen jede Einmischung in Gemeindeangelegenheiten, Unterbindung der Privatinitiative und Begünstigung des Konsumvereins. Die LDPD fordere eine auf eigene Finanzgebahren begründete Einnahmepolitik. Sie sei gegen jede Überführung von Versorgungsunternehmen in Landes-hand. Fritz Roth (SED) beantragte die Übereignung von Betrieben übergeordneter Organe, die unter Befehl 124 und 126 standen, an die Gemeinden. Das würde dem Finanzierungsbedarf der Stadt Rechnung tragen.<sup>134)</sup>

Auf der 21. Stadtverordnetenversammlung am 3. Juni 1948 erläuterte Dr. Bloch die Anwendung des Befehls 234 auf die Verwaltung. Un-

terschiedliche Auffassungen dazu waren Anlass, eine Kommission zur Überprüfung der Leistungen in allen städtischen Dienststellen zu bilden. Der Blockpolitik entsprechend wurde je ein Vertreter der Parteien gewählt: Dietsch (SED), Rammig (LDPD) und Latinek (CDU); zuzüglich je ein Vertreter des FDGB und des DFD.

Ein Antrag der LDPD, künftig bei der Beflaggung aller städtischen Gebäude und Verkehrsmittel, nur noch die schwarz-rot-goldenen Flaggen der Einheit sowie Landes- und Stadtfahnen zu zeigen, führten zu einem von der SED zugespitzten Streit. „Stört das Rot ... diese Herrschaften schon wieder? Hat man vergessen wer die Avantgarde im Kampf gegen den Nationalsozialismus war? ... Zwölf Jahre marschierte man hinter den Nationalsozialisten her. Heute will man die rote Fahne ... diskriminieren...<sup>135)</sup>. Solche überzogenen Darstellungen von Debatten in der Stadtverordnetenversammlung nannte Dr. Schäfer schon 1947 „als die Blockpolitik gefährdend“ und wiederholte seine Mahnung.<sup>136)</sup>

Das Misstrauen der Geraer LDPD zur SED-Wirtschaftspolitik wurde durch die Benachteiligung des Privathandels während der Währungsreform bestärkt. Dr. Breitenborn erklärte, diese müßten ihre Waren bis zuletzt verkaufen, während andere zum Teil geschlossen hätten. Viele Geschäftsleute ständen vor dem Ruin. Sie seien nicht in der Lage, Gewerbe- und Einkommenssteuer zu bezahlen.<sup>137)</sup>

Die Tagungen des Zentralkomitees im Juni, Juli und September 1948 fassten weitere Beschlüsse, um die führende Rolle der SED im gesamten staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben zu verwirklichen.<sup>138)</sup> Das führte zu innerparteilichen Spannungen und zu verschärften Auseinandersetzungen zwischen den Parteien. SED-Kreisvorstandsmitglied Helmut Reimann erklärte noch im Mai, die SED bekäme die Macht. Sie strebe aber nicht nach Alleinherrschaft. Es ginge darum, so stark zu sein, dass die anderen ihr folgen.<sup>139)</sup> Wenige Wochen später, am 5. Juli 1948, schätzte Arthur Schöneburg ein, die Partei sei jetzt an einem Wendepunkt, weil sich in dieser Situati-

on entscheide, „ob sie die führende Rolle in der Geschichte unseres Volkes spielen wird.“

Am 22. Juli dann: die Zusammenarbeit mit den Liberaldemokraten sei schwieriger geworden.<sup>140)</sup> CDU und LDPD wurden mitunter direkt als Feinde bezeichnet, so als Fritz Büttner/SED sich weigerte, das Kulturamt zu übernehmen. Er müsse es, um es nicht den Gegnern (den anderen Blockparteien) zu überlassen. In Auswertung einer Landesveranstaltung im September 1948 hieß es zur Blockpolitik: „Wir müssen an ihr festhalten, die fortschrittlichen Kräfte zwingen, mit uns zu arbeiten, die rückschrittlichen müssen entlarvt werden.“

<sup>141)</sup> Die Genossen Emma Weiß, A. Schöneburg und Fritz Gießner wurden vom SED-Kreissekretär mit der Kontrolle der Blockpolitik beauftragt. Das Mitteilungsblatt des Kreistages wurde 1948 faktisch unter Zensur gestellt. Es war vor Genehmigung der Drucklegung dem Kreisvorstand der SED vorzulegen. Vorgeschlagene Änderungen der Partei seien durchzuführen.<sup>142)</sup>

Zu einem Eklat in der Stadtverordnetenversammlung kam es am 8. Juli 1948, als die SED-Fraktion einen Antrag zum Zwei-Jahresplan stellte. Darin hieß es, dass „die Stadtverordneten die positive Stellung des Deutschen Volksrates zum Wirtschaftsplan der SED ... begrüßen.“ Nur mit einer umfassenden Planung könnten die wirtschaftlichen Schwierigkeiten für das gesamte Deutschland behoben werden. Die Parteienvertreter der Stadtverordnetenversammlung sollten deshalb „alle Kräfte mobilisieren, damit die im Wirtschaftsplan gestellten Aufgaben erfüllt und ... überboten werden...“. Dem müßten sie „ihre ganze Kraft widmen“. Der Antrag wurde von CDU und LDPD nicht unterstützt. Den Vorwurf, ihre Ablehnung resultiere nur daraus, weil der Antrag von der SED käme, begegnete CDU-Stadtverordneter Burkhardt: Sie würden ablehnen, weil sie vor vollendete Tatsachen gestellt würden. Die SED beschließe und sie sollten - wie schon des öfteren - überfahren werden. Ergebnis der Abstimmung mit Stimmzetteln: 22 für, 21 gegen den SED-Entwurf. Zum Hinweis,

die Resolution sei im Block beraten worden, sagte die CDU, das sei nicht weitergegeben worden.<sup>143)</sup> Auch im Kreistag stimmte sie nicht zu.<sup>144)</sup> Der Plan gehe von falschen Voraussetzungen aus. Erst müßte die Bevölkerung versorgt werden.<sup>145)</sup>

Ein Dringlichkeitsantrag der LDPD im Oktober 1948 forderte, gegen die Überführung des Geraer Elektrizitätswerkes in Zoneneigentum zu protestieren. Das sei Enteignung städtischen Eigentums, somit Vermögensverlust für Gera. Die Bedenken der Liberaldemokraten auf der 19. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung seien nicht beachtet und über Vermögen mit einer verblüffenden Selbstverständlichkeit verfügt worden. Nur durch das Geschick des Oberbürgermeisters wurde eine Zuspitzung des Konfliktes verhindert. Böhme antwortete, man müsse in Rechnung stellen, dass die Besatzungsmacht die zentralen Behörden bestelle, die später durch gewählte Behörden abgelöst würden.

Anstelle eines Protestes solle die Stadtverordnetenversammlung die Übereignung der Straßenbahn an die Stadt und die Ablösung der Stadtanteile am E-Werk gegen Entschädigung fordern.<sup>146)</sup>

Der Widerstand gegen Zentralismus und Planung der Wirtschaft bei Vertretern bürgerlicher Parteien resultierte auch aus drastischen Maßnahmen der Deutschen Wirtschaftskommission und der Besatzungsorgane. Mangelwirtschaft als Folge des Krieges ließen Tausch- und Kompensationsgeschäfte, Spekulation, Schiebergeschäfte und Disziplinlosigkeit zur Praxis werden. „Unter diesen „eingerissenen“ Bedingungen war eine volkswirtschaftliche Planwirtschaft nicht durchsetzbar. Durch die Wirtschaftskommission, mit Zustimmung der sowjetischen Besatzungsbehörden, wurde ... eine Wirtschaftsstrafverordnung mit Wirkung vom 1.7.1948 erlassen, die den Betrieben jegliche Tauschgeschäfte unter Androhung ... schwerer Strafen verbot. Rigoros ... gingen zentrale Kontrollkräfte in den betreffenden Betrieben der Konsumgüterindustrie, insbesondere in den Ländern in Sachsen und Thüringen vor. Sie hebelten ganze Betriebsleitungen,

einschließlich Partei- und Gewerkschaftsorgane aus den Funktionen und brachten sie in richterlichen Gewahrsam. Das betraf im Kreis Gera unter anderem die Grobgarn- bzw. die Jute-Industrie. Mit ihren Erzeugnissen der Grobgarne waren sie für die Landwirtschaft eine zentrale Versorgungsstation; beispielsweise konnten damals zehn Rollen Bindegarn über eine reibungslose Getreideernte entscheiden. Das Verschieben von Erntebindegarn, von Säcken und anderen Grobgarnerzeugnissen für die Seilerindustrie hatte sich in der Thüringer Juteindustrie in Weida, trotz Verbot durch die Wirtschaftsstrafverordnung, so eingeschlielt, dass dieses Treiben erst durch die Inhaftierung wesentlicher Teile der Betriebsleitung durch die entsprechenden Kontrollorgane eingestellt werden konnte.“<sup>147)</sup>

Anfang des Jahres 1949 wurden Wirtschaftsverbrecben bei der Firma Hermann Erhardt KG Lederfabrik in Neustadt/Orla - einem Familienbetrieb - aufgedeckt.<sup>148)</sup>

Unterschiedliche Positionen wurden deutlich, als Dr. Bloch wegen Übernahme eines Amtes in der Justizverwaltung zurücktrat und Curt Böhme als Oberbürgermeister gewählt wurde. Die LDPD hielt solche Praktiken, vor Ablauf einer Wahlperiode, grundsätzlich für falsch - es sei denn, das Vertrauen der Wähler sei nicht mehr vorhanden.

Im September 1948 begannen in der Kreisparteiorganisation Gera die Parteiwahlen. Thema: „Wie schaffen wir die Partei neuen Typs?“ Es wurden Fragen, die bei Gründung der SED zurückgestellt worden waren, in den Mittelpunkt gerückt: Die Rolle des Leninismus, Erfahrungen der KPdSU, der Kampf gegen den Opportunismus.<sup>149)</sup> Die Stadtdelegiertenkonferenz am 30. Oktober 1948 und die danach stattgefundene Kreisdelegiertenkonferenz orientierten auf eine intensive Schulungsarbeit, vorrangig in den Betriebsgruppen. Die Kenntnisse über die führende Rolle der Sowjetunion und der KPdSU (B) müssten vertieft, gegen antisowjetische Propaganda und für eine konsequente Parteidisziplin gekämpft werden. Mitgliedern und Parteiorga-

nisationen wurde vorgeworfen, vor den bürgerlichen Parteien zurückzuweichen oder ihren Argumenten zu folgen.

Über die Lage im Kreis schätzte Arthur Schöneburg ein, dass nicht alles getan wurde, „um den Klassenfeind auszuschalten“. „Schauen wir nur auf die Politik der LDPD in den Sequester-Kommissionen und gegenüber den volkseigenen Betrieben, schauen wir auf die Konsumgenossenschaften, deren politische Zusammensetzung untragbar ist.“ Die CDU trete noch jetzt gegen den Zweijahresplan auf. Ihr vorgeschlagener Weg führe „über ein paar Monate guten Lebens in das Ausbeutungssystem des Marshallplanes...“. Funktionäre der Ortsleitungen verstünden nicht die „führende Rolle der Partei ... durchzusetzen“, die der Verwaltungen und Massenorganisationen würden die Führungsaufgaben verkennen. Gefordert wurde mehr Wachsamkeit. Klassenfeinden, zersetzenden und korrupten Elementen wäre es möglich gewesen, in die Partei einzudringen. Sie müsse von Elementen gesäubert werden, die wegen persönlicher Vorteile die Mitgliedschaft erschlichen hätten oder ihre Stellung zu persönlichen Vorteilen benutzen würden. „Solche Elemente sind nicht nur aus der Partei auszuschließen, sie müssen auch aus ihrer Stellung entfernt werden.“<sup>150)</sup>

Der Kreisvorstand behandelte im Dezember 1948 siebzehn Anträge auf Parteiausschluss, darunter von Mitgliedern, die schon 1945/46 aktiv am antifaschistischen Aufbau mitgewirkt hatten, unter ihnen Prof. Dr. Groebe, Chefarzt des Krankenhauses.<sup>151)</sup> Während der Nazizeit hatte er sich uneigennützig für jüdische Bürger eingesetzt.<sup>152)</sup> Parteiverfahren gegen die Genossen Schaub und Stahn, beide aktiv in der Volkskongressbewegung, wurden zunächst abgelehnt. Ebenfalls ein Ausschluss von Hermann Schulze, dem vorgeworfen wurde, er wollte Kapitalisten vor der Enteignung retten. Mehrheitlich abgelehnt wurde der Ausschluss des ehemaligen Spanienkämpfers Kurshinski. Für ihn hatte sich die in der Parteiarbeit bewährte Genossin Wiedenfeld persönlich eingesetzt: „Ihr könnt doch nicht einen Ge-

nossen, der jahrelang von den Nazis eingesperrt wurde, wieder verfolgen.“<sup>153)</sup> Im Januar 1949 wurde Walter Schack ausgeschlossen. Arno Groß wurde im Mai 1949 verhaftet und im Juni aus der SED ausgeschlossen. Ihm wurde vorgeworfen, er hätte Verbindungen zum Büro der SPD und deren Parteitage besucht.<sup>154)</sup> Es traten offen Bestrebungen hervor, die Massenorganisationen enger an die Politik und Ideologie der SED zu binden. Die FDJ wurde noch als überparteilich, aber schon als Reservoir der SED bezeichnet.

Kreisdelegiertenkonferenz und Kreisvorstand der SED Gera forderten:

- stärkere Verbindung von Partei, Verbesserung der Schulung der FDJ und der Jugendlichen,
- Erwerb der FDJ-Mitgliedschaft durch junge Genossen.

Es ginge darum, in Koordinierung der Arbeit zwischen Partei und FDJ junge Mitglieder zu jungen Funktionären und marxistischen Kämpfern herauszubilden.<sup>155)</sup>

Zu den Gewerkschaften hieß es: Die Wahlen zu den Betriebsgewerkschaftsleitungen (BGL) entsprächen nicht „den Forderungen des Tages“ (Rolle der SED).

- Die neugewählte BGL der Landesbank Gera setzte sich nur aus LDPD-Mitgliedern zusammen, obwohl von 89 Beschäftigten 9 SED-Mitglieder waren. Eine Betriebsgruppe gab es nicht.
- Im Betrieb Theilig, mit 100 Belegschaftsmitgliedern, darunter 16 SED-Angehörige, setzte sich die BGL nur aus Parteilosen zusammen.
- An den Schulen hätte es keine systematische Vorbereitung gegeben. Kein Genosse wäre in die BGL gewählt worden.
- Im Katasteramt der Stadtverwaltung wurde „eine reine CDU-BGL gewählt...“. Die SED setzte eine Neuwahl durch (Genosse Fischer). BGL-Mitglied wurde jetzt auch Curt Böhme.



Der Kreisvorstand beschloss zur Erziehung der Genossen Lehrer, mit dem Kreisbildungsamt Umbesetzungen in den Schulleitungen vorzunehmen. In jedem Arbeitsgebiet solle ein „politisch starker Genosse“ vertreten sein, um die Schulung planmäßig zu sichern. Die Kreis-  
schulrätin erhielt den Auftrag, ein Parteiaktiv zu schaffen. Die Partei-  
organisationen wurden angeregt, Patenschaften über Schulen zu übernehmen.<sup>156)</sup>

Mit im aggressiven Sprachstil abgefassten Artikeln förderte die SED-Presse „Thüringer Volk“ die Auseinandersetzungen mit den bürgerlich-demokratischen Parteien. Zur Ablehnung einer vom Stadtverordneten Hauschild (SED) vorgeschlagenen Grußadresse an den neuen Magistrat von Berlin (durch den Auszug der Abgeordneten aus den Westsektoren notwendig geworden), durch die Fraktionen der CDU und LDPD, hieß es im „Thüringer Volk“: „Sind die LDPD und CDU noch fortschrittliche Blockparteien?“ Ihre Haltung dokumentiere, dass sie sich immer weiter davon entfernen. Man könne „den Geraer LPD- und CDU-Mitgliedern nur empfehlen, ihre Stadtverordneten baldigst einer genauen Prüfung zu unterziehen, ob sie ... überhaupt noch geeignet sind, Vertreter demokratischer Parteien zu sein.“<sup>157)</sup> Dr. Schäfer hatte für die LDPD die Ablehnung damit begründet, dass eine Unterstützung die Gegensätze in Berlin verschärfen würde. In der interfraktionellen Besprechung zuvor hatte der LDPD-Sekretär die Resolution mit ausgearbeitet, der CDU-Stadtverordnete Latinek dem Entwurf zugestimmt, sich bei der Abstimmung der Stimme enthalten.

Unter der Schlagzeile „Hundthammer in Gera“ (Bayrischer Kultusminister) wurde ein, der CDU angehörender, Lehrer kritisiert. Er würde in der Gegenwartskunde politische Tendenzen verbreiten, die der westlichen Spaltungspolitik näherkämen. Man könne nicht beurteilen, ob das mit seiner CDU-Mitgliedschaft zusammenhänge. Es wäre höchste Zeit, ihn aus dem Amt zu entfernen und zu empfehlen,

eine Lehrerstelle in Bayern zu beantragen. Für solche Elemente sei an unseren Schulen kein Platz. <sup>158)</sup>

In einem Schülerbrief dazu an die Redaktion hieß es: Aus Besorgnis, solche negativen Beispiele nicht zu verallgemeinern, berichte er über gute Beziehungen zwischen FDJ-Kindervereinigung, Kreislehreramt, Neulehreraktiv und FDJ-Verbindungslehrer sowie DFD und Freunde der demokratischen Schule.

Zur LDPD hieß es, „dass der Bericht von der Stadtverordnetenversammlung ... innerhalb der Geraer LDPD zu Krisenerscheinungen geführt“ habe. Dem amtierenden Sekretär Neumann seien alle Ämter „wegen seiner fortschrittlichen Stellungnahme zur Resolution der Stadtverordnetenversammlung ... entzogen“ worden. Seine Nachfolge im Block war Anlass, die „Krise in der Geraer LDPD“ weiterzuschüren: „... will Herr Meding, der uns bisher als fortschrittlicher Mann der LDPD in der Blockpolitik bekannt war, ... das gleiche Schicksal erleiden .. Oder will er sich den spalterischen und rückschrittlichen Elementen der LDPD in Gera beugen? ... Wann endlich werden die fortschrittlichen Mitglieder dieser Partei Schluss machen mit den Machenschaften einer rückschrittlichen Parteileitung? Wann werden sie die Konsequenz aus solchem Handeln ziehen?“ <sup>159)</sup>

Der LDPD wurde „Januskopfpolitik“ vorgeworfen. Bezug nehmend auf Äußerungen ihres Parteimitgliedes Dr. Plette zum Verfassungsentwurf des Deutschen Volksrates auf der Versammlung mit Dr. Bloch im Dezember 1948 und die Haltung ihrer Stadtverordneten von Gera und Weida zum neuen Berliner Magistrat, wurde polemisiert: „Wir müssen uns als Blockfreunde ... ernstlich fragen, ob auf solche demokratischen Partner noch Verlass ist. ... man hat in letzter Zeit hinter der Maske eines legalen Demokraten manchen illegalen Faschisten und Kapitalistenknecht entdeckt.“ Die Liberaldemokraten seien noch dieselben verhassten Gegner der Gemeinwirtschaft und der Genossenschaften, so dass die ehemaligen Nazis ihre helle Freude daran haben würden. Ihre Ansicht sei, wenn private Monopole

verboten wären, müssten auch die Konsumvereine unter dieses Verbot fallen. Darüber müsse man mit der LDPD-Fraktion ernsthaft sprechen. Vorgeschlagen wurde seitens der SED „dass die reaktionäre Stellungnahme des LDPD-Vorstandes vom 13.9.1948 Gegenstand einer Diskussion in öffentlicher Blocksitzung wird, damit sich unsere demokratische Jugend und die Geraer Genossenschaftler zu Worte melden können.“<sup>160)</sup>

Als sich LDPD-Fraktion und Ortsvorstand gegen diese Darstellung wandten, erschien im „Thüringer Volk“ ein weiterer äußerst aggressiv angelegter Artikel, mit Wiederholung alter und neuer Vorwürfe. Darin hieß es unter anderem: „Wir sind der Meinung, dass Ihre besondere Rückschrittlichkeit sich nicht allein darin ausdrückt, dass Sie die Zonenbeschlüsse Ihrer Partei missachten, sondern, dass Sie sowohl in Fragen des Zweijahresplanes als auch in den Fragen für Einheit und gerechten Frieden in der Geraer Stadtverordnetenversammlung statt eine eigene politische Linie zu entwickeln, alle Verantwortung den Besatzungsmächten in Deutschland zuzuschieben versuchen. Wir sind überzeugt, dass Sie mit dieser Politik sehr bald das Vertrauen wirklich fortschrittlich demokratischer Mitglieder Ihrer Partei verlieren werden und hoffen, dass diese ... entweder für eine fortschrittliche Führung Sorge tragen oder sich in fortschrittlicheren Parteien in Zukunft betätigen.“<sup>161)</sup>

Um die Blockpolitik zu aktivieren, nahm der Vorsitzende der SED-Kreisparteienorganisation an einer Tagung des Antifa-Kreis- und Stadtblocks Gera teil. Er forderte, gemeinsam angenommene Beschlüsse auch gemeinsam durchzuführen. Diese Beratung habe im Zeichen nützlicher Zusammenarbeit bei der Realisierung des Aufbauplanes 209 gestanden, hieß es. Damit hatte der Block auf einen Aufruf des Vorsitzenden der Kreiskommission zur Durchführung der Bodenreform, des Landrates und der Vorsitzenden der Parteien reagiert, am 5. und 6. Mai 1949 Groß- und Masseneinsätze zu organisieren. Die Tagung nahm weiter zu außenpolitischen Fragen Stel-

lung. Arthur Schöneburg erklärte dazu Anfang März 1949, die letzte Beratung habe er ermöglicht, „dass die führenden Männer der CDU und auch der LDP ... bemüht sind, allen reaktionären Kräften in ihren Parteien den Kampf anzusagen“. <sup>162)</sup>

In den ersten Monaten des Jahres 1949 wurde das Ringen der Geraer SED um ihre führende Rolle im Territorium, die Ausschaltung kritischer Elemente im Block und in der Verwaltung vorerst im wesentlichen zu ihren Gunsten und jener Kräfte in den bürgerlichen Parteien, die zumeist vom historischen Anspruch der SED ehrlich überzeugt waren und ihrer politischen Linie folgten, entschieden. Dafür spricht u.a., dass es zunächst keine ernsthaften politischen Differenzen mehr im Stadtparlament Geras gab.

Ein Bericht im „Thüringer Volk“ über die ersten Stadtverordnetenversammlungen des Jahres erschien unter der Schlagzeile: „Neuer Geist im Stadtparlament“. Die vom CDU-Stadtverordneten Burkhardt auf der 26. Sitzung am 7. Januar 1949 eingebrachte und begründete „Resolution gegen den Raub des Ruhrgebietes“ wurde einstimmig angenommen - „ein erfreuliches Zeichen für die Blockarbeit der Stadtverordneten-Versammlung im Jahre 1949“, so der Kommentar im „Thüringer Volk“. Dr. Schäfer schied „wegen beruflicher Überlastung“ - wie es offiziell hieß - aus der Stadtverordnetenversammlung aus. <sup>163)</sup> Später ging er, wie so manche bürgerliche Antifaschisten der ersten Stunde, in die Westzone.

Fritz Roth, persönlich beteiligt an der Bildung des Antifa-Komitees und des Antifa-Blocks in Gera, schrieb dazu im April 1949: „Rückblickend muss man feststellen, dass von den bürgerlichen Vertretern, die damals im antifaschistischen Komitee aktiv mitgearbeitet haben, heute niemand mehr in der politischen Ära des antifaschistischen Blockes tätig ist.“ <sup>164)</sup> Wesentlich dazu beigetragen hatten die Auseinandersetzungen in der Volkskongressbewegung 1947 - 1949. Curt Böhme, Mitglied des Volksrates und Delegierter der Volkskongresse: „Die in jener Zeit geführten Diskussionen gaben ... die Möglichkeit,

fortschrittlichen Kräften in den bürgerlichen Parteien zu helfen, die reaktionären Kräfte in ihren Leitungsorganen abzulösen. Es ist mir erinnerlich, dass zufolge des guten Verhältnisses zu den fortschrittlichen Vertretern der LDPD im Rat der Stadt, ich ihnen nahelegte, die politische Säuberung in den eigenen Reihen als persönliche Aufgabe zu erkennen und durchzusetzen. Das waren mein damaliger als Bürgermeister fungierender Vertreter ... Blockfreund Clement Toepel und der ... Stadtrat für Kultur, Blockfreund Hundt.“<sup>165)</sup>

Es kam erneut zu gemeinsamen Aktionen. Der Beginn der Kommunistenprozesse in den USA und die Einleitung eines Prozesses gegen Max Reimann, Vorsitzender der KPD, waren Anlaß, die Geraer Bevölkerung zum Protest aufzurufen. Am 25. Januar 1949 sprach Joseph Pichler (SED) auf einer Massenkundgebung. Auf weiteren Kundgebungen sprachen in Neustadt/Orla Fritz Gießner, in Ronneburg Fritz Schulze, in Weida Helmut Reimann.<sup>166)</sup> Alle kamen aus der SED.

In Griechenland weitete sich durch das Eingreifen verschiedener Großmächte der Bürgerkrieg aus. Auf Initiative der SED bildete sich in Gera ein Hilfskomitee. Die Parteien und Massenorganisationen, die VVN, der Kreisvolksausschuss, der Antifablock und der Kreissportausschuss forderten die Bürger des Land- und Stadtkreises auf, den „Freiheitskampf des griechischen Volkes zu unterstützen“. Am 13. Februar 1949 fand eine Kundgebung in der Ostvorstädtischen Turnhalle statt. Der Delegation des „demokratischen Griechenland“ gehörten an: Prof. Kokallis, Generalleutnant Kikitsas und Generalmajor Jambaros. Zum Thema „Der heroische Kampf des demokratischen Griechenland gegen die anglo-amerikanische Unterdrückung“ sprach der Delegationsleiter Generalmajor Foropulos.<sup>167)</sup> Der Antifablock lud zu einer Feierstunde anlässlich des Tages der Sowjetarmee ein.<sup>168)</sup>

Gegenstand der Blockberatungen im März/April 1949 waren die Eingemeindungen von Langenberg, Liebschwitz, Taubenpreskeln, Dür-

renebersdorf, Roschütz und Langengrobsdorf in die Stadt Gera. Im April einigten sich die Parteien auf den Sturz der Bismarcksäule.<sup>169)</sup>

Behandelt wurden die weitere Vorbereitung und der Abschluss der Volkskongressbewegung durch Versammlungen und eine Großkundgebung.<sup>170)</sup> In einem Aufruf des Antifa-Blocks zum 8. März hieß es, diesem Kampftag der Frauen für den Frieden hätten sich alle antifaschistischen Parteien angeschlossen. In der Veranstaltung im Volkshaus würden die Geraer ihren Friedenswillen bekunden.<sup>171)</sup> Die Parteien vereinbarten auch 1949, am 1. Mai gemeinsam zu demonstrieren. CDU und LDPD stimmten zu, nachdem geklärt war, dass sie ihre Parteifahnen und schwarz-rot-goldene Fahnen mitführen dürften.<sup>172)</sup> Wie im März, riefen Antifa-Block und Kreisbodenkommission erneut zu Solidaritätstagen auf. Die Geraer wurden aufgerufen, am 23. und 24. Juli sowie am 6. und 7. August beim Aufbau von Maschinen-Ausleihstationen (MAS - später: MTS) zu helfen. Das sei notwendig, da die Landbevölkerung sich auf die Erntehilfe konzentriert.<sup>173)</sup>

Am 17. Juli 1949 wurde auf dem Geraer Ostfriedhof ein Gedenkstein für 451 jüdische Opfer des KZ Buchenwald - Außenstelle Rehmsdorf und Gleina - eingeweiht. Etwa 5000 Bürger folgten dem Aufruf der VVN zu einer aus diesem Anlass durchgeführten Gedenkfeier. Willi Kalinke, Vorsitzender der VVN mahnte: „Ein Gedenkstein genügt nicht.“ Notwendig sei der Kampf gegen die neuen Keime des Faschismus. Die Vertreter des Antifablocks sowie Julius Meyer und Henry Goldberg von der polnischen Militärmission erklärten sich in diesem Sinne. Grundlage für die Errichtung der Gedenkstätte waren ein Auftrag der Geraer SED und ein Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom Oktober 1948.<sup>174)</sup>

## **5. Vom 3. Volkskongress zur Gründung der DDR - 1949 - Antifaschistische Politik der Geraer SED im Zeichen des Kampfes gegen Nationalismus, Antisowjetismus, Reformismus und Reaktion**

Im März 1949 beschloss der Deutsche Volksrat auf Vorschlag der SED, den 3. Deutschen Volkskongress einzuberufen. Die Delegierten sollten in allgemeinen, direkten, geheimen Wahlen gewählt werden. Den Bürgern wurde eine Kandidatenliste vorgelegt, der folgender Text vorangestellt war:

„Ich bin für die Einheit Deutschlands und einen gerechten Friedensvertrag. Ich stimme darum für die nachstehenden Kandidaten zum Dritten Deutschen Volkskongress.“

„Ja“ oder „Nein“ war anzukreuzen und bedeutete damit zugleich Zustimmung oder Ablehnung der von der SED bestimmten Politik des Antifa-Blocks. Von den 60 Kandidaten für den Stimmbezirk 1 Thüringen, zu dem Gera gehörte, waren als Mitglieder der Parteien ausgewiesen:

SED	21
CDU	6
LDPD	8
NDPD	3
DBD	3

Weitere Kandidaten waren von den Massenorganisatoren oder als Einzelpersonlichkeiten nominiert worden, von denen mehrere ebenfalls der SED angehörten, so: Alexander Abusch (Berlin), Richard Schönfeld (Gera), Dr. Arno Barth (Gera) Prof. Dr. Otto Schwarz (Jena).

Von den 8 für Gera aufgestellten Kandidaten waren 7 SED-Mitglieder; einer gehörte der CDU an (siehe Anlage).<sup>175)</sup>

Der Antifa-Block organisierte zahlreiche Veranstaltungen, so am 20. April eine Kundgebung auf dem Geraer Markt. Weitere Kundgebungen fanden in Bad Köstritz, Langenberg, Münchenbernsdorf, Wünschendorf und Weida statt.<sup>176)</sup> Der Oberbürgermeister von Gera, Curt Böhme, „führte ... in jener Periode regelmäßig in allen Betrieben Sprechstunden und anschließend in der Mittagspause Versammlungen bzw. Aussprachen durch. Das gleiche geschah in den Vororten und in den Stadtbezirken.“<sup>177)</sup> Aktiver Mitgestalter der Volkskongressbewegung im Landkreis war Karl Finken, 1948 aus Gefangenschaft und Antifalager der UdSSR zurückgekehrt. Das war für ihn - in einer Aachener Arbeiterfamilie erzogen und aus der sozialistischen Jugendbewegung kommend - selbstverständlich.

Der Wehrdienst verschlug ihn nach Ostthüringen, wo er seine Frau kennenlernte. Im Krieg lief er an der 3./4. Ukrainischen Front zur Roten Armee über und meldete sich zur Frontagitiation. Eingesetzt in der Propagandaeinheit P28, betrieb er unter deutschen Soldaten Antikriegspropaganda. Jetzt fuhr Karl Finken nach Feierabend - er arbeitete als Schlosser in der Jute Weida - mit dem Motorrad in die Dörfer, um Bauernversammlungen zu besuchen.<sup>178)</sup>

Zwischen den Städten Weida und Neustadt/Orla wurde ein Wettbewerb vereinbart, um eine Beteiligung aller Wahlberechtigten bereits am ersten Wahltag zu erreichen. Die Stadtverordnetenversammlung beschloss am 13. Mai den Einsatz von Paten in verschiedenen Wahllokalen. Sie sollten einen „ordnungsgemäßen“ Wahlablauf sichern und „Störungen vermeiden“.<sup>179)</sup> Zu den Wahltagen wurde ein „Schlepperdienst“ eingesetzt.<sup>180)</sup>

Die Ergebnisse der Volkskongresswahlen im Verantwortungsbereich der Kreisparteiorganisation Gera (darin war der damalige Landkreis Gera eingeschlossen) lagen mit 49,74 Ja-Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von 92,36 %, weit unter denen des Landes Thüringen (62,3 % Ja-Stimmen) und der Zone (66,1 %). In den kreisangehörigen Städten lag die Wahlbeteiligung zwischen 92,8 % (Ronneburg) und



96,6 % (Bad Köstritz); der Anteil der JA-Stimmen zwischen 41 % (Weida) und 61,3 % (Ronneburg).<sup>181)</sup> In der gesamten Geraer Region differenzierte der Anteil der JA-Stimmen zwischen 15 - 80 %.<sup>182)</sup>

Dieser Ausgang der Volkskongresswahl war für die Kreisparteiorganisation und ihre Blockpolitik eine Niederlage. Er zeigte, dass es in Gera starke Vorbehalte zur Politik der SED gab. Ihr Einfluss bei der Bevölkerung war zurückgegangen. Einschätzungen der Wahlergebnisse für den Volkskongress in der Geraer Region wie sie in der Geschichte der Bezirks- und Kreisparteiorganisation oder in den Erinnerungen von Heinrich Hofmann getroffen wurden, als Ausdruck einer demokratischen Willensmehrheit, sind überzogen. Gespräche der Außenminister der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Frankreichs vom 23. Mai bis 20. Juni 1949 über die Einheit Deutschlands, die Errichtung eines gesamtdeutschen Staatsrates und den Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland blieben ergebnislos. Der Vorschlag, eine Delegation des Deutschen Volksrates zu empfangen, wurde abgelehnt. Die Geraer Stadtverordnetenversammlung drückte in einem Telegramm ihr Bedauern darüber aus. Sie baten die Teilnehmer der Pariser Konferenz ihren Standpunkt zu revidieren. Die Stadtverordneten wandten sich in einem Aufruf an die Geraer Bevölkerung: „... In dieser Stunde ist der nationale Kampf für Einheit und Frieden und Abzug aller Besatzungstruppen unausweichliches Gebot. Die national gesinnten Kräfte aus allen Schichten unseres Volkes müssen sich zusammenschließen in einer gemeinsamen nationalen Front. ... Die Nationale Front richtet sich nicht gegen andere Völker ... So wie der Deutsche Volkskongress Angehörige der verschiedensten Parteien und Organisationen, Männer und Frauen mit grundverschiedenen, teilweise entgegengesetzten Weltanschauungen und persönlichen Glaubensbekenntnissen umfasst, so schließt die Nationale Front alle ein, die in gemeinsamer Arbeit dem einen Ziel dienen wollen, das allen am Herzen liegt: die Einheit unseres Vaterlandes und die Zukunft unserer Kinder. ... folgen auch wir dem Manifest des 3. Deutschen Volkskongresses und schließen uns fest zu-

sammen in der „Nationalen Front“ zum gemeinsamen Kampf für ein einiges, unabhängiges, friedliches Deutschland, für den baldigen Abschluss eines Friedensvertrages und für den Abzug aller Besatzungstruppen.“<sup>183)</sup>

Hans Eberling, Mitglied des Deutschen Volksrates, erläuterte am 10. Juni 1949 in der Ostvorstädtischen Turnhalle Gera Aufgaben nach dem 3. Deutschen Volkskongress. Die „dritte Großdiskussion“ der Geraer SED-Funktionäre bezeichnete die Schaffung der „Nationalen Front“ als wichtige Gegenwartsaufgabe. Der Nationalismus aber sei eine Maske für Sowjetfeindlichkeit. Beides wurde dem Vorsitzenden des FDGB vorgeworfen. Therese Wiedenfeld wandte sich dagegen: Nach ihren Erfahrungen sei Fritz Schulze nie ein Feind der Sowjetunion gewesen. Traditionen der deutschen Gewerkschaften seien entscheidend für jetzt aufgetretene Abweichungen. Journalisten des „Thüringer Volk“ führten Gespräche mit Bürgern verschiedener Schichten und Parteizugehörigkeit über die Nationale Front. Positive Meinungen wurden veröffentlicht. Kommentierend dazu hieß es: „Nicht alle stimmen für die Nationale Front.“<sup>184)</sup>

Das Vollsekretariat des Kreisvorstandes der SED Gera erklärte das mit „Sorglosigkeit und Unterschätzung der Wahlen“ durch die Partei. „Der Wahlausgang ... bestätigt uns, dass ideologische Schwächen da sind, es wurden feindliche Tendenzen, Unklarheiten in der Frage des Leninismus, Überheblichkeit, opportunistische Tendenzen beim FDGB und in der Genossenschaft festgestellt. Darum muss ... unser Verhältnis zur SU und die Frage der Einheit im Vordergrund stehen. Ein Rückfall in den Reformismus darf nicht vorkommen. Gegen die opportunistische Haltung in unserer Partei und in der LDPD und CDU werden wir vorgehen ...“<sup>185)</sup> Beschlossen wurde, im Monat Juni in allen Grundeinheiten diese Frage zu diskutieren.<sup>186)</sup>

Mehrfach war der unzureichende Einfluss der SED auf die politische Situation im Stadt- und Kreisgebiet Gera und deren Beziehungen zur CDU und LDPD Gegenstand von Kreisvorstandssitzungen der SED.

Wie sich bei den Volkskongresswahlen gezeigt hatte, blieb die politische Arbeit einigen Funktionären der SED überlassen. Es gelang nicht, die Masse der Mitglieder einzubeziehen. Die Mitarbeit von CDU und LDPD-Angehörigen war gering. Das Verhältnis zu diesen Parteien blieb gespannt. Wurde im Mai 1949 festgestellt, dass deren Referenten „zu wenig kontrolliert wurden“ hieß es jetzt: „Wir müssen alle Kräfte zusammenfassen, um die LDPD zu schwächen. Fortschrittliche Mitglieder sind dem Landesvorstand bekanntzugeben, die dann bearbeitet und für verschiedene Aufgaben ... gewonnen werden.“ Die LDPD sei zu beobachten. Sie versuche zu beweisen, dass die SED die Blockpolitik gefährde. Zur CDU hieß es, der Kreisvorstand habe eine eigene FDJ-Betriebsgruppe. Diese stelle Referenten für FDJ-Versammlungen. <sup>187)</sup>

Solche praktizierten Methoden widersprachen dem offiziell erklärten Geist der Blockpolitik der SED, aber auch der anderen Parteien. Die Blockpolitik sei keine Politik mit Augenzwinkern, sondern eine politische Notwendigkeit...“ <sup>188)</sup> Das hatte Gerda Holzmacher vor der Kreisdelegiertenkonferenz erneut erklärt.

Der Kreisvorstand der SED führte als „Großdiskussion für Funktionäre“ bezeichnete Veranstaltungen durch. Sie sollten den Einfluss der Partei stärken, den Kampf gegen Opportunismus, Antisowjetismus und Nationalismus fördern. Dieser Kampf trieb mitunter seltsame Blüten. Winfried Theilig, damals vom Kreisvorstand zur Parteihochschule delegiert und Teilnehmer am Fackelzug zur Gründung der DDR, erhielt ein Parteiverfahren, wurde exmatrikuliert und ging in die Produktion. Er hatte gefragt, warum keine Bilder von leitenden SED-Funktionären, sondern nur von der KPdSU mitgeführt würden. Als Antisowjetismus wurden sogar Forderungen nach Wirtschaftshilfe durch die Sowjetunion charakterisiert.

Eine Änderung der politischen Situation in Gera wurde nicht erreicht. Wie es hieß, wurden „im Kreis die Interessen des Proletariats den kleinbürgerlichen Interessen im Rahmen einer Partei untergeord-

net ...“. Die Funktionäre wären zum Teil schwankend in ihrer Einstellung zur ruhmreichen Partei der Bolschewiki. Unklar im Kampf „gegen opportunistische und parteifeindliche Erscheinungen ...“ sei „der Aktionsradius der Partei im Block immer beschränkter geworden.“<sup>189)</sup>

Es gab jedoch immer auch Mitglieder aller Parteien, Bürger aller Schichten, die sich selbstlos für die Volkskongressbewegung eingesetzt haben, so u.a. Käthe Hartmann, die Schauspielerin Senta Esser, Frau Mulert, Frau Dr. Schäfer, Frau Bloch, Alfred Trillitzsch, Arthur Kabst, Hans Koch, Hans Goldammer.<sup>190)</sup> Im August 1949 beschloss der Parteivorstand der SED die Neuwahl der Leitungen. Der Landesvorstand leitete kadermäßige Veränderungen in Gera ein. Fritz Schwager wurde mit der Führung des Kreises betraut und am 24. September zum 1. Kreissekretär gewählt. Fritz Schulze, Fritz Roth und Arthur Schöneburg wurden von ihren Funktionen entbunden.<sup>191)</sup>

Die zunehmenden internationalen Spannungen führten zur Herausbildung einer weltumspannenden Friedensbewegung. Anlässlich der Vorbereitung eines 1. Weltkongresses im April 1949 verabschiedeten die Stadtverordneten aller Fraktionen auf ihrer 31. Sitzung in Gera eine EntschlieÙung. Sie riefen „die Geraer Bevölkerung auf, sich in die Friedensbewegung aktiv einzuschalten.“<sup>192)</sup> Mit Telegrammen an die Stadtverordneten der Städte Kassel, Essen und Braunschweig sollte einheitliches Handeln aller Deutschen für den Frieden gefördert werden.<sup>193)</sup>

Am 23. Mai 1949 trat in Westdeutschland ein vom Parlamentarischen Rat \* ausgearbeitetes Grundgesetz in Kraft, nachdem zehn von elf westdeutschen Länderparlamenten dem Entwurf zugestimmt hatten; nach vielen Änderungen noch heute für die BRD gültig.<sup>194)</sup>

---

\* Ein auf Grundlage der „Frankfurter Dokumente“ gebildetes Gremium aus Abgeordneten der westdeutschen Länder. Diese Dokumente enthielten Grundsätze für eine westdeutsche Verfassung.

Anfang August 1949 sprach Erich Kops vom Landesvorstand der SED Thüringen vor Funktionären der Stadt und des Landkreises Gera zur Pariser Außenministerkonferenz und zur Bedeutung der Nationalen Front. Werner Eggerath forderte von den ca. zweieinhalbtausend versammelten SED-Mitgliedern Geras wenige Tage später „alle Kräfte zu sammeln“. Die Schaffung der Nationalen Front sei die zentrale Aufgabe.<sup>195)</sup>

In einer gemeinsamen Beratung verabschiedeten die Stadtverordneten und Kreistagsabgeordneten im September eine Resolution zum Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland. Zu heftigen Auseinandersetzungen mit den Liberaldemokraten kam es, als Vertreter der bisher in den Parlamenten etablierten Parteien zugunsten der zwei neu gegründeten Parteien auf Mandate verzichten sollten. In Vorgesprächen des Antifablocks hatte man sich dazu geeinigt. Jetzt traten Liberaldemokraten dagegen auf. Das Parteienverhältnis könne nur durch Wahlen geklärt werden. Fritz Schwager, neuer SED-Kreissekretär, nannte die LDP-Vertreter „heuchlerische Demokraten“. Seine Frage: Welche Parteien meinen Sie, jene reaktionären Kräfte, die jetzt in Westdeutschland im Parlament seien? Er forderte die „Entfernung aller reaktionären Elemente aus den demokratischen Parteien“. Die Haltung der Liberaldemokraten sei ein Versuch reaktionärer Kräfte im Kreisvorstand der LDPD Gera, sich gegen die Entwicklung zu stemmen. Von solchen Elementen wie Meding, Breitenborn und Mohe müsse man sich freimachen. Margarete Lehmann, Kreissekretärin der LDPD erklärte ihren Parteiaustritt. Sie sei ein Arbeiterkind und fühle sich den Grundsätzen des Sozialismus näher als denen des Liberalismus.<sup>196)</sup> Die CDU-Fraktion brachte ihr Unverständnis zur Haltung der LDPD zum Ausdruck.

Mit den Bundestagswahlen im August 1949 war die Spaltung Deutschlands vollzogen. Die Westmächte hatten sich mit Ruhr- und Besatzungsstatut Sonderrechte gesichert.<sup>197)</sup> Der Geraer Antifa-Block führte am 27. und 28. August bereits ein „Sommerfest mit Platzkon-

zert im Namen der Nationalen Front“ durch.<sup>198)</sup> Stadtverordnetenversammlung und Kreistag Gera wandten sich „an die Deutschen aller Zonen für Frieden, Freiheit und Unabhängigkeit, gemeinsam mit der Sowjetunion und den Volksdemokraten einzutreten“. Die Festigung der demokratischen Ordnung sei eine Hauptaufgabe. Der 1. September sollte als Friedenstag durchgeführt werden.<sup>199)</sup> Auf dem Roßplatz sprach am 1. September 1949 der Generalsekretär der CDU, Georg Dertinger vor ca. 30.000 Geraern.

Bereits am Vortag fanden Veranstaltungen, Volksfeste zum Friedenstag statt. Betriebe und Geschäfte blieben am 1. September ab 15.30 Uhr geschlossen.<sup>200)</sup>

Die Bildung einer „Nationalen Front“ konnte die Spaltung nicht verhindern. Die Volkskongressbewegung - eine zentral gesteuerte, aber breite demokratische Bewegung von unten - trotz aller Einschränkungen - war gescheitert. Anfang Oktober 1949 informierte ein Instrukteur des Kreisvorstandes der SED Gera die Betriebsgruppen der Volkseigenen Betriebe Weida über die nächsten Schritte zur Bildung einer „provisorischen gesamtdeutschen Regierung“: „Von allen antifaschistischen Parteien der Ostzone“ sei beschlossen worden, die Volkskongressausschüsse in Ausschüsse der Nationalen Front umzubilden, aus dem Volksrat eine Volkskammer zu bilden, als höchstes Organ der gesamtdeutschen Republik. Die Belegschaften seien in Betriebsversammlungen schnellstens zu informieren.<sup>201)</sup>

Anfang Oktober 1949 fanden in Gera, Kauern, Frießnitz, Kospeda, Langenberg, Kleinaga Friedenskundgebungen statt. Als Referenten traten SED-Funktionäre auf.<sup>202)</sup> Eine Friedensversammlung des Kreises in Gera am 6. Oktober forderte die Umwandlung des Volksrates in die Volkskammer und die Inkraftsetzung der Verfassung.<sup>203)</sup> Das geschah am 7. Oktober 1949. Die Gründung der DDR war vollzogen.

Es gelang der Geraer SED-Kreisorganisation - gemeinsam mit aktiven Vertretern der antifaschistisch-demokratischen Parteien und

Massenorganisationen - einen beträchtlichen Teil der Bevölkerung in ihren Wirkungsbereich für die neu gegründete Republik zu motivieren. Etwa 33000 Bürger Geras und umliegender Gemeinden folgten dem Aufruf der SED und des Antifa-Blocks zu einer Großkundgebung auf dem Roßplatz. Fritz Schwager, ehemals KZ-Häftling, erklärte: diese antifaschistische Republik sei keine Ostzonenregierung, sondern eine gesamtdeutsche. Der Roßplatz wurde in „Platz der Republik“ umbenannt.<sup>204)</sup> Um die Erinnerung an den Versuch, einen alternativen Staat zur reaktionären deutschen Vergangenheit zu schaffen, zu tilgen, erfolgte nach 1990 die Umbenennung in „Heinrichstraße“.

Zuvor hatten Persönlichkeiten der Parteien, vorrangig der SED, der Gewerkschaften und der FDJ in öffentlichen Versammlungen deren Notwendigkeit begründet. In den kreisangehörigen Städten fanden ebenfalls Kundgebungen statt.<sup>205)</sup> An Schulen wurden Feierstunden durchgeführt.<sup>206)</sup> Die Stadtverordneten verabschiedeten am 14. Oktober 1949 eine Resolution, in der die Gründung der DDR begrüßt wurde. Die Stadtverwaltung wurde verpflichtet „zu rastloser und hingebender Mitarbeit an der Verwirklichung des ... Regierungsprogramms ...“.<sup>207)</sup>

Eine objektive Aussage zu diesen historischen Ereignissen in den Oktobertagen 1949 aus örtlicher Sicht ist nicht möglich. Das subjektive Erleben Zehntausender Geraer ist viel differenzierter als Einschätzungen wie: die Gründung der DDR erfolgte auf Diktat der UdSSR, sei der Bevölkerung aufgezwungen worden oder die bekannte These „vom Wendepunkt in der Geschichte Deutschlands“.

Aus vielen persönlichen Begegnungen und eigener politischer Tätigkeit, aus Gesprächen mit damals Jugendlichen, ehemaligen Wehrmachtangehörigen, Veteranen der Arbeiterbewegung, Angehörigen ehemals antifaschistisch-demokratischer Parteien möchte ich folgende Motive hervorheben:

- Für die einen war die Gründung der DDR die Verwirklichung ihrer Ideale, ihrer Träume, für die sie gekämpft und gelitten hatten;
- für andere ein logischer Schritt aus der Spaltungspolitik der Besatzungsmächte und der antifaschistischen Entwicklung in der SBZ.
- Die Haltung vieler Jugendlicher war bestimmt durch die Hoffnung auf eine friedliche Zukunft. Für sie - wie auch weit verbreitet bei ehemaligen Wehrmichtsangehörigen - waren die Grauen des Krieges, mit all seinen Folgen, wesentliches Motiv der Bejahung und eigenen persönlichen Engagements für die DDR.
- Nicht wenigen Menschen war dieses Ereignis gleichgültig oder sie standen dem ablehnend gegenüber, getragen von Antisowjetismus oder Nationalismus, wurzelnd in Traditionen... oder eigenen tragischen Erlebnissen.
- So schreibt E. Halbauer, bei Kriegsende 1945 knapp 18 Jahre alt, sich selbst als „Wossi“ bezeichnend, gehässig zu den Nachkriegsjahren in Gera: Einzug des „richtigen Gesocks“ ... Abzocker, Alkoholiker, Eckensteher und so viele undurchsichtige Gestalten in den Ämtern. Aus den Reichsten in der Verwandtschaft waren über Nacht die Ärmsten geworden. Das war die Geburtsstunde der sogenannten DDR. Die Russen leiteten es ein. Macht ging vor Recht.“  
208)
- Auch ehrliche Sorge, die Gründung eines eigenen Staates vertiefe die Spaltung Deutschlands war für viele Menschen aus allen Schichten bestimmende Haltung.

Für Tausende war die Zustimmung zur Gründung der DDR ehrlich motiviert. Abschließend einige persönlich geäußerte Motive: <sup>209)</sup>

Therese Wiedenfeld,

über 90 Jahre alt, aus einer streng katholischen, kinderreichen Familie kommend, fand schon in den 30er Jahren den Weg zur KPD: „Für mich war die Gründung der DDR die Erfüllung meiner Ideale



und Sehnsüchte. Ich wusste, Schweres stand noch vor uns. Die Entwicklung in der Partei brachte mich manchmal ins Grübeln und erschütterte mich. Nie schwieg ich zu Fehlern, sagte meine Meinung. Dennoch sah ich in der DDR unseren Staat. Der Jugend möchte ich empfehlen: studiert die Geschichte.“

Arthur und Lene Kabst,

beide aus der Sozialdemokratie kommend, standen engagiert und aus Überzeugung zu diesem Staat; trotz persönlich empfundener Mängel. Öfter brachte Lene, wie sie liebevoll genannt wurde, zum Ausdruck: „Ich verstehe nicht, was unsere Parteiführung mitunter macht.“ Noch im hohen Alter von über 80 Jahren war sie ehrenamtlich für die SED tätig.

Ernst Merkel,

damals 36 Jahre alt, aus einer proletarischen Familie kommend: „Das persönliche Erleben der Weimarer Republik, mit Ausbeutung und Arbeitslosigkeit, der Verbrechen des Faschismus und des Krieges, beeinflusst durch Begegnungen mit Kommunisten wie Hans und Fritz Weise, trat ich 1946 der KPD bei. Ich setzte mich für den antifaschistisch-demokratischen Aufbau ein, wirkte in der Volkskongressbewegung mit. Für mich war die Gründung der DDR die Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Viele meiner Genossen und Kollegen sahen das damals ähnlich, auch wenn sie das heute nicht mehr wahrhaben wollen. Noch jetzt fällt es mir schwer zu begreifen, warum wir scheiterten.“

Sonja Gerl,

1949 zwanzig Jahre jung und parteilos: „Über die Bedeutung dieses Tages habe ich nicht groß nachgedacht. Ich wollte nur eines: Frieden - nie wieder Krieg. Deshalb hatte ich mich 1945/46 der Antifa-Jugend und dann der FDJ angeschlossen, war für den antifaschistisch-demokratischen Aufbau eingetreten. Die DDR wollte diesen Weg weitergehen. Das fand ich gut.“

Ilse Lippold:

„Für mich war die Gründung der DDR ein Erlebnis, das ich nicht vergessen werde. Wenige Tage zuvor hatte ich Wilhelm Pieck persönlich kennengelernt. Jetzt war er Präsident unseres Staates. Mit ganzem Herzen und voller Begeisterung war ich in Berlin beim Fackelzug dabei.“

Harald Scheffel:

„Ich war bei der Kriegsmarine und kehrte aus englischer Gefangenschaft nach Gera zurück. Damals war ich kein Kommunist, gewann aber antifaschistische Überzeugungen. Deshalb entschied ich mich auch für den Dienst in der Volkspolizei. Die Gründung der DDR begrüßte ich und nahm mit anderen Kameraden an der Kundgebung auf dem Roßplatz teil.“

Heinz Senebald:

„Das Kriegserlebnis war das entscheidende Motiv meines Einsatzes für den neuen Staat. Nie sollte sich das Grauensvolle, was ich erlebt habe, wiederholen.“

## Schlussbemerkungen

1. Die Tätigkeit der Kreisparteiorganisation Gera der SED hatte nach den Wahlen 1946, gemeinsam mit den anderen Parteien und Organisationen, die antifaschistisch-demokratische Ordnung in ihrem Verantwortungsbereich gefestigt und ausgebaut. Es wurden bedeutende wirtschaftliche, politische und geistig-kulturelle Erfolge erzielt.

2. Verlauf und Ergebnisse der Volkskongressbewegung 1947 bis 1949 im Stadt- und Landkreis widerspiegeln, dass die SED weiterhin bedeutenden Einfluss auf große Teile der Bevölkerung hatte. Zugleich war deutlich geworden, dass es ihr nicht gelungen war, im Zusammenwirken mit den anderen antifaschistisch-demokratischen Kräften die Mehrheit der Stimmberechtigten für diese Politik zu ge-

winnen. Anders getroffene Wertungen in der Geschichte der Bezirksparteiorganisation Teil 1 in der Geraer Kreisparteiorganisation sind unreal. (Vgl. Geschichte der Bezirksparteiorganisation Teil 1, Seite 281)

3. Die Auseinandersetzungen zwischen den politischen Strömungen - auch innerhalb der Kreisparteiorganisation - und deren immer rigoros vertretener Führungsanspruch hatten dazu geführt, dass Kräfte, die sich ursprünglich ehrlich für ein gemeinsames Vorgehen eingesetzt hatten, sich abwandten oder später die DDR verließen.

Es stellt sich die Frage, inwieweit bereits in dieser Phase eine wirklich gemeinsame antifaschistisch-demokratische Politik gescheitert war.

Auf diese Seite gehört eine Abbildung des  
Stimmzettels  
für den Abstimmungsbezirk I Land Thüringen  
zum 3. Deutschen Volkskongreß

sobald eine reprofähige Vorlage aufgefunden ist,  
wird die Abbildung eingefügt.  
Hartmut Dressel – Januar 2019

## Quellenverzeichnis

### zu Kapitel 1

- 1) Antifaschistischer Aufbruch und Neubeginn in Gera 1945 – 1946 / Karl-Heinz Petzke, Gera, 1996. - S. 31. Dort angegebene Quelle 143: Thüringer Volk vom 28. Januar 1947
- 2) Thüringer Volk vom 8. Februar 1947
- 3) Thüringer Volk vom 11. Februar 1947
- 4) Thüringer Volk vom 19. Februar 1947
- 5) Thüringer Volk vom 14. und 15. Februar 1947
- 6) Thüringer Volk vom 8. März 1947
- 7) Thüringer Volk vom 9. April 1947
- 8) Thüringer Volk vom 22. April, 30. April und 3. Mai 1947
- 9) Thüringer Volk vom 14. Mai 1947
- 10) Beiträge zur Geschichte Thüringens: Dokumente und Materialien 1945 - 1950, Erfurt, 1967. - Seite 167 - 169
- 11) Thüringer Haupt- Staatsarchiv (im folgenden ThHStA) Weimar, Akte KR Gera 6, Bl. 326/327
- 12) Deutsche Geschichte in Daten. - Berlin, 1967. - S. 837
- 13) Thüringer Volk vom 10. Mai 1947
- 14) Thüringer Volk vom 17. Mai 1947 sowie Beiträge zur Geschichte Thüringens Chronik ... S. 76
- 15) Thüringer Volk vom 28. Mai 1947
- 16) Thüringer Volk vom 31. Mai 1947
- 17) Thüringer Volk vom 6. Juni 1947
- 18) Thüringer Volk vom 7., 10. und 13. Juni 1947 sowie Deutsche Geschichte in Daten ... a.a.O. S. 838/839; Der kalte Krieg. Band I Wahn der Stärke 1945 – 1955 / Kahn, Helmut. - Köln, 1986
- 19) Thüringer Volk vom 17. und 21. Juni 1947
- 20) Thüringer Volk vom 1. und 4. Juli 1947
- 21) Thüringer Volk vom 16. Juli 1947

- 22) Thüringer Volk vom 19. August 1947; 1. Wahlperiode, Akten und Verhandlungen des Thüringer Landtages, Band 1.2, Frankfurt/Main, 1992. - S. 970/971, S. 1005
- 23) Thüringer Volk vom 10./11. November 1947 ; Beiträge zur Geschichte Thüringens, Chronik 1945 – 1952. - Erfurt, 1975. - S. 86
- 24) Thüringer Volk vom 30. Oktober 1947
- 25) Thüringer Volk vom 8., 12. November 1947
- 26) Thüringer Volk vom 23. Februar 1948
- 27) Antifaschistischer Aufbruch und Neubeginn Gera 1945 - 1946/ Karl-Heinz Petzke. -, Gera, 1996. - S. 7, 22 - 26
- 28) Thüringer Volk vom 16. und 26. August und vom 5., 10. und 19. September 1947
- 29) ThHStA Weimar, LT Akte 207, siehe auch: Sitzungsprotokolle /1. Wahlperiode ...a.a.O. S. 1022
- 30) Mit uns zieht die neue Zeit : zur Geschichte der Kreisparteiorganisation Gera Stadt der SED. - Gera, 1987. - S. 63; Dsgl. Konferenz zum Jahrestag der Befreiung in Gera
- 31) Die Ära Paul in Thüringen 1945 - 1947 (Kurzfassung in Thesen) Jürgen John. - Leipzig, 1994
- 32) Thüringer Volk vom 18./19. August 1947
- 33) Thüringer Volk vom 3., 9./10. und 12./13. September 1947 sowie vom 10. Oktober 1947
- 34) Protokoll des II. Parteitages der SED, Berlin 1947; S. 531/532
- 35) Thüringer Volk vom 30. Juni, 12. Juli und 2. August 1948; Beiträge zur Geschichte Thüringens ..., a.a.O. S. 95/96; Zur Chronik der Geschichte der Kreisparteiorganisation Gera Land, a.a.O. Seite 32-33; Seite 38-39
- 36) Thüringer Volk vom 1., 3. und 10. April 1948 sowie vom 5. und 11. Juni 1948
- 37) Nach Studienaufzeichnungen von Hans Leucht im Bezirksparteiarchiv Gera der SED, BPA. Akte IV/6/3/51 (im folgenden: Nach Aufzeichnungen Hans Leucht)

- 38) Thüringer Volk vom 17. und 20. März 1948; Aufzeichnungen  
Hans Leucht BPA Akte IV/6/3/51

zu Kapitel 2

- 39) Fritz Gießner: Ein Jahr demokratischer Aufbau in Gera. Gera,  
1946, S. 8-9
- 40) Regierungsblatt für das Land Thüringen, Band I, 1945 - 1946,  
Teil 1 Nr. 3
- 41) Entnazifizierung Politische Säuberung und Rehabilitierung in  
den vier Besatzungszonen 1945 – 1949. Herausgegeben von Cle-  
mens Vallenhals. München, 1991.-S. 47
- 42) Regierungsblatt für das Land Thüringen, Band II, Teil I, Geset-  
zessammlung 1947, Nr. 2
- 43) Stadtarchiv Gera (im folgenden: StAG) Akte III, C 01/0153;  
Meldung an Präsidialkanzlei, Ministerialrat Bergner
- 44) Regierungsblatt für das Land Thüringen a.a.O.
- 45) StAG, Akte III, C 01/0153
- 46) Thüringer Volk vom 15. und 28. März 1947; StAG, Akte III, C  
01/0153
- 47) Thüringer Volk vom 13. März 1947
- 48) Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland, Dokumen-  
te 1945 - 1949 Berlin 1968, S. 385
- 49) StAG, Akte III, C 01/0153; Brief Antifa-Block Bezirk Lusan  
vom 7.7.47
- 50) ebenda
- 51) ebenda
- 52) ebenda
- 53) Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland, Dokumen-  
te, S. 385-386
- 54) ebenda S. 387-394
- 55) Thüringer Volk vom 29. März 1947

- 56) Thüringer Volk vom 29. März 1947 sowie Beiträge zur Geschichte Thüringens, Chronik, S. 74
- 57) Regierungsblatt für das Land Thüringen, Band II, Teil III, Gesetze und Befehle des Alliierten Kontrollrates und Befehle der Sowjetischen Militäradministration
- 58) StAG, Akte III, C 01/0153
- 59) ebenda
- 60) Vgl. ebenda
- 61) Thüringer Volk vom 23. Januar 1948, Stadtseite
- 62) Thüringer Volk vom 13. und 14. November 1947
- 63) ebenda
- 64) Thüringer Volk vom 15. November 1947
- 65) Veröffentlichungen in: Thüringer Volk, Kreisseiten Gera; Januar bis März 1948
- 66) Thüringer Volk vom 4. März 1948
- 67) Thüringer Volk vom 28. Februar 1948
- 68) Das Potsdamer Abkommen; Dokumentensammlung, Berlin 1975, S. 220
- 69) P. Erler; W. Otto; L. Prieß: Sowjetische Internierungslager in der SBZ/DDR. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung (1990)6 S. 726-727
- 70) Heinz Jupe: Internierungslager der Alliierten, Eine Dokumentation auf der Grundlage von Untersuchungen und Nachforschungen, Erfurt, o. J. S. 12
- 71) Speziallager Nr. 2 Buchenwald / Bodo Ritscher. - Buchenwald-Weimar, 1995. - S. 192 - 206
- 72) Nach der Dauerausstellung „Das sowjetische Speziallager“ Nr. 2, 1945 - 1950
- 73) Benno Prieß: „Erschossen im Morgengrauen“, Calwe, 1997, S. 60
- 74) Nach einem persönlichen Gespräch im März 1998
- 75) Günther Scholz „Verfolgt, verhaftet, verurteilt“, Berlin 1990, S. 45



- 76) Nach einem persönlichen Gespräch im Januar 1997 und von Kurt Oertel zur Verfügung gestelltem Material; siehe auch Benno Prieß „Erschossen im Morgengrauen“ a.a.O., S. 92
- 77) Nach Dokumenten, die von der Vereinigung der Opfer des Stalinismus, Bezirksgruppe Gera zur Verfügung gestellt wurden
- 78) Auf der Grundlage von Gesprächen mit Vertretern der Vereinigung der Opfer des Stalinismus, Bezirksgruppe Gera, 1997 und Aussagen von Betroffenen
- 79) Nach Dokumente, die von der Vereinigung der Opfer des Stalinismus, Bezirksgruppe Gera, zur Verfügung gestellt wurden
- 80) Nach persönlichen Gesprächen und von Rudolf K. zur Verfügung gestellten Dokumenten
- 81) Nach einem persönlichen Gespräch im Januar 1997
- 82) Egon Perlkus „Ich war schon von den Sowjets zum Tode verurteilt“, AVZ Nr. 87 vom 12. April 199.. (nach einer Ablichtung, Jahreszahl nicht erkennbar)
- 83) Dauerausstellung „Das sowjetische Speziallager Nr. 2“, 1945 - 1950 sowie nach Informationen der Vereinigung der Opfer des Stalinismus, Bezirksgruppe Gera und Gesprächen mit Betroffenen
- 84) Auch Unschuldige wurden verhaftet und verschleppt /W. Otto In: Neues Deutschland vom 24./25. März 1990
- 85) P. Erler, W. Otto, L. Prieß, sowjetische Internierungslager a.a.O. S. 729
- 86) ebenda
- 87) Denkschrift des UdSSR-Innenministeriums zu den Sonderlagern in der SBZ In: Neues Deutschland vom 27. Juli 1990:
- 88) Eberhard Halbauer „Der Wossi“, Berlin 1997, S. 31
- 89) Interview mit Prof. Dr. Ludwig Elm, Vertreter der PDS in der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit des Bundestages“ in „Neues Deutschland vom 16. Oktober 1996; Ansprache des Vorsitzenden des IVVdN, Fred Dellmann; Stellungnahme der Vertreter der La-

nergemeinschaft Buchenwald - Dora vom Bund der Antifaschisten, IVVdN und VVN-Bund der Antifaschisten in „Die Glocke vom Ettersberg“, Mitteilungsblatt der Lagergemeinschaft Buchenwald - Dora, Nr. 143, II/1996, 37. Jahrgang

### zu Kapitel 3

- 90) Protokoll des II. Parteitages der SED...; a.a.O. S. 536/537; Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung ..., a.a.O., S. 232/233 und S. 461/462
- 91) Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands; Beschlüsse und Erklärungen des Zentralsekretariats und des Parteivorstandes. Hrsg. vom Parteivorstand der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. I, Berlin, 1952. - S. 260-261 (im folgenden Dokumente der SED ...)
- 92) Beiträge zur Geschichte Thüringens. Chronik ... a.a.O., S. 87
- 93) Thüringer Volk vom 2., 3. und 4. Dezember 1947
- 94) Ebenda vom 4. Dezember 1947
- 95) Thüringer Volk vom 4., 5., 6. und 9. Dezember 1947
- 96) ebenda vom 5. Dezember 1947
- 97) Protokoll des 1. Deutschen Volkskongresses für Einheit und gerechten Frieden, Berlin 1948, S. 103/104
- 98) Thüringer Volk vom 9. Dezember 1947
- 99) Thüringer Volk vom 12., 15. und 16. Dezember 1947
- 100) Thüringer Volk vom 11. Dezember 1947 (Auszüge aus einem Bericht von H. Meusel: „Rund um den deutschen Volkskongreß“)
- 101) Thüringer Volk vom 11. Dezember 1947
- 102) Thüringer Volk vom 21., 22., 24. und 26. Januar 1948
- 103) Thüringer Volk vom 31. Januar 1948
- 104) Thüringer Volk vom 2. Februar 1948
- 105) Thüringer Volk vom 1. März 1948

- 106) Protokoll des 2. Deutschen Volkskongresses für Einheit und gerechten Frieden am 17. und 18. März 1948; S. 88 und Thüringer Volk vom 20. März 1948
- 107) Thüringer Volk vom 28. April und 3. Mai 1948
- 108) Thüringer Volk vom 20. Mai 1948
- 109) Thüringer Volk vom 19., 22., 24. und 25. Mai 1948
- 110) Erinnerungen von Heinrich Hofmann
- 111) Aufzeichnungen Hans Leucht... a.a.O. BPA-Akte und IV/6/3/43 und IV/6/3/51
- 112) Thüringer Volk vom 28., 29. und 31. Mai sowie 1. und 14. Juni 1948
- 113) Aufzeichnungen Hans Leucht ... a.a.O., BPA-Akte IV/6/3/51 und IV/6/3/43
- 114) Thüringer Volk vom 21. Juli 1948
- 115) Deutsche Geschichte in Daten, a.a.O. S. 842/843  
Thüringer Volk vom 2. Juni 1948 sowie vom 30. Juni und 31. Juli 1948
- 116) Thüringer Volk vom 22. Juni 1948
- 117) Thüringer Volk vom 31. Juli und vom 6. August 1948
- 118) Aufzeichnungen Hans Leucht ... a.a.O., BPA-Akte IV/6/3/51 und IV/6/3/43
- 119) Aufzeichnungen Hans Leucht ... a.a.O., BPA-Akte IV/6/3/52
- 120) Thüringer Volk vom 7. September 1948
- 121) Christoph Kloßmann, Die doppelte Staatsgründung; Deutsche Geschichte 1945 - 1955, Göttingen 1991; S. 193; siehe auch: „Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“, Band 1, Frankfurt/Main 1989, S. 25
- 122) Thüringer Volk vom 6. September 1948, Kreisseite
- 123) Thüringer Volk vom 11. und 13. September 1948; Dokumente der SED, Bd. 1 Berlin, 1952. - S. 115
- 124) Thüringer Volk vom 27. und 29. November 1948
- 125) Thüringer Volk vom 15. und 20. Dezember 1948. - Studiert die Verfassung

- 126) Ebenda vom 10. März 1949
- 127) Dokumente der SED, Band I; Berlin, 1952. - S. 115;  
Thüringer Volk vom 10. Januar 1949, St.A Gera, III, 601

#### zu Kapitel 4

- 128) Protokoll des 2. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1947, Seiten 479, 292/293; siehe auch: Walter Ulbricht „Die Bedeutung der Entschließung des Informbüros über die Lage in der KP Jugoslawiens und die Lehren für die SED“ Berlin 1948, S. 10, S. 31
- 129) ThHStA Weimar, Akte KR Gera 6, Bl. 359 (Auszug)
- 130) Ebenda
- 131) Thüringer Volk vom 1. und 3. November 1947
- 132) Ebenda vom 15. November 1947
- 133) Nach Aufzeichnungen Hans Leucht Gera, BPA IV 6/3/51
- 134) StA Gera III/C01 1071/31092, Bl. 303 – 306  
Thüringer Volk vom 5. April 1948
- 135) Ebenda Bl. 178, Anlage 6  
Thüringer Volk vom 5 Juni 1948
- 136) StA Gera III/C01 1071/31092, Bl. 392 - 396
- 137) Thüringer Volk vom 2. August 1948
- 138) Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band 6, Berlin 1966, Seite 269
- 139) Aufzeichnungen Hans Leucht BPA Gera, Akte IV/6/3/43
- 140) Aufzeichnungen Hans Leucht BPA Gera, Akte IV/6/3/43 und IV/6/3/52
- 141) Aufzeichnungen Hans Leucht BPA Gera, Akte IV/6/3/52
- 142) ebenda
- 143) StA Gera, Akte III/C01 und „Thüringer Volk“ vom 10. Juli 1948
- 144) StA Gera, Akte III/C01
- 145) Aufzeichnungen Hans Leucht BPA Gera, Akte IV/6/3/34

- 146) StA Gera, Akte III/C01
- 147) Kurt Treetz, Kurzinformation zur Jutespinnerei und Weberei Weida (Auszug aus Erinnerungen)
- 148) Thüringer Volk vom 15. Februar 1949 „Die Fürsten von Neustadt/Orla“
- 149) Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd 6 a.a.O., S. 269
- 150) Aufzeichnungen Hans Leucht BPA Gera, Akte IV/6/3/34 Thüringer Volk vom 15. November 1948
- 151) Aufzeichnungen Hans Leucht BPA Gera, Akte IV/6/3/44
- 152) Werner Simsohn, „Juden in Gera“ I, Koblenz 1997, S. 169
- 153) Aufzeichnungen Hans Leucht BPA Gera, Akte IV/6/3/44
- 154) ebenda
- 155) Thüringer Volk vom 6. Dezember 1948 „Stärke der sozialistischen Partei“
- 156) Protokolle der Stadt- und Kreisdelegiertenkonferenzen der SED, Aufzeichnungen Hans Leucht BPA Gera, Akte IV/6/3/34, IV/6/3/52, VI/6/3/53, IV/6/3/44 und „Thüringer Volk“ vom 11. Dezember 1948
- 157) Zwiespältige Haltung der LDP. - In: Thüringer Volk vom 6. Dezember 1948
- 158) ebenda vom 9. November 1948 „Hundthammer in Gera“ - siehe auch: 6. Januar 1949
- 159) ebenda vom 18. Dezember 1948 „Es knistert im Gebälk“
- 160) Thüringer Volk vom 4. Januar 1949 und 6. Dezember 1948
- 161) Thüringer Volk vom 7. Januar 1949 „Und doch rückschrittliche Tendenzen in der LDP“
- 162) Thüringer Volk vom 2. und 9. März 1949; Aufzeichnungen Hans Leucht im BPA Gera, Akte IV/6/3/35
- 163) Thüringer Volk vom 24. Januar 1949 „Neuer Geist im Stadtparlament“
- 164) Fritz Roth: Sieg des Einheitswillens. - In: Thüringer Volk vom 7. April 1949

- 165) Curt Böhme: Erinnerungen, Auszüge - zur Verfügung gestellt an Hans Leucht
- 166) Thüringer Volk vom 24. Januar 1949, Aufruf
- 167) Thüringer Volk vom 10., 15. und 17. Februar 1949
- 168) Thüringer Volk vom 29. Februar 1949
- 169) Aufzeichnungen Hans Leucht BPA Gera, Akte IV/6/3/43 und IV/6/3/54
- 170) ebenda
- 171) Thüringer Volk vom 7. und 9. März 1949
- 172) Aufzeichnungen Hans Leucht BPA Gera, Akte IV/6/3/44
- 173) Thüringer Volk vom 3. und 12. März 1949
- 174) Aufzeichnungen Hans Leucht BPA Gera, Akte IV/6/3/52 und StA Gera III/C01

## zu Kapitel 5

- 175) Stimmzettel für den Abstimmungsbezirk I Land Thüringen zum 3. Deutschen Volkskongreß (Faksimile)
- 176) Thüringer Volk vom 19. April 1949 sowie zur Chronik der Geschichte der Kreisparteiorganisation Gera-Land der SED, Teil 1, S. 38
- 177) Erinnerungen von Curt Böhme, ehemaliger Oberbürgermeister von Gera, nach einer von ihm zur Verfügung gestellten Abschrift
- 178) Nach persönlichen Gesprächen mit Karl Finken, Gera 1997
- 179) StA Gera III/C03 sowie Chronik der Geschichte der Kreisparteiorganisation Gera Land ... a.a.O. S. 39
- 180) Aufzeichnungen Hans Leucht, BPA Gera, Akte IV/6/3/44
- 181) Zur Geschichte der Bezirksparteiorganisation Gera der SED, Band 1, Gera 1986, S. 281, Geschichte der Kreisparteiorganisation Gera der SED, S. 72,  
Zur Chronik der Geschichte der Kreisparteiorganisation Gera-Land a.a.O. S. 39

- 182) Aufzeichnungen Hans Leucht, BPA Gera, Akte IV/6/3/35  
Auszug aus einem Bericht zur Kreisdelegiertenkonferenz am  
26. und 27. Nov. 1949
- 183) StA Gera, III/CO3
- 184) Thüringer Volk vom August 1949, 27. August 1949
- 185) Aufzeichnungen Hans Leucht, BPA Gera, Akte IV/6/3/54
- 186) Aufzeichnungen Hans Leucht, BPA Gera, Akte IV/6/3/54
- 187) Ebenda sowie BPA Gera, Akte IV/6/3/44
- 188) Thüringer Volk vom 5. Juli 1949, „Die Diskussion wird weiter-  
geführt“
- 189) Thüringer Volk vom 15. Januar 1951
- 190) Nach Gesprächen mit Zeitzeugen, u.a. Therese Wiedenfeld, Lia-  
ne Theilig
- 191) Aufzeichnungen Hans Leucht, BPA Gera, Akte IV/6/3/35
- 192) StA Gera, Akte III/C03 1121, „Thüringer Volk“ vom 7. April  
1949
- 193) StA Gera, Akte III/C03 „Thüringer Volk“ vom 7. April 1949
- 194) Deutschland seit 1945 / Eberhard Wilms (Hrsg.) Berlin, 1993,  
S. 65, 72 - 79
- 195) Thüringer Volk vom 4. und 13. August 1949
- 196) Thüringer Volk vom 17., 24. und 29. Sept. 1949  
StA Gera, Akte III/C03
- 197) Deutschland seit 1945 ... a.a.O., S. 72-74
- 198) Thüringer Volk vom 27. August 1949
- 199) StA Gera, Akte III/C 03
- 200) Thüringer Volk vom 3. September 1949
- 201) Information des Kreisvorstandes Gera der SED; Aus dem per-  
sönlichen Archiv von Karl Finken
- 202) Zur Geschichte der Kreisparteiorganisation Gera-Land der SED  
... a.a.O. S. 43
- 203) Mit uns zieht die neue Zeit : Geschichte der Kreisparteiorgani-  
sation Gera-Stadt der SED, 4, S. 71-72
- 204) Thüringer Volk vom 10. und 13. Oktober 1949

- 205) Zur Chronik der Geschichte der Kreisparteiorganisation Gera-Land ... a.a.O., S. 45
- 206) ebenda
- 207) StA Gera, Akte III/C03 (Protokoll der 39. Öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Gera)
- 208) Eberhard Halbauer: Der Wossi. Berlin, 1997. - S. 30-31
- 209) Nach persönlichen Gesprächen und Begegnungen in gemeinsamer politischer Arbeit, insbesondere in den Jahren nach 1989